30 Jahre Bundesrepublik — So wurde Deutschland gespalten S. 9

1 H 3752 CX



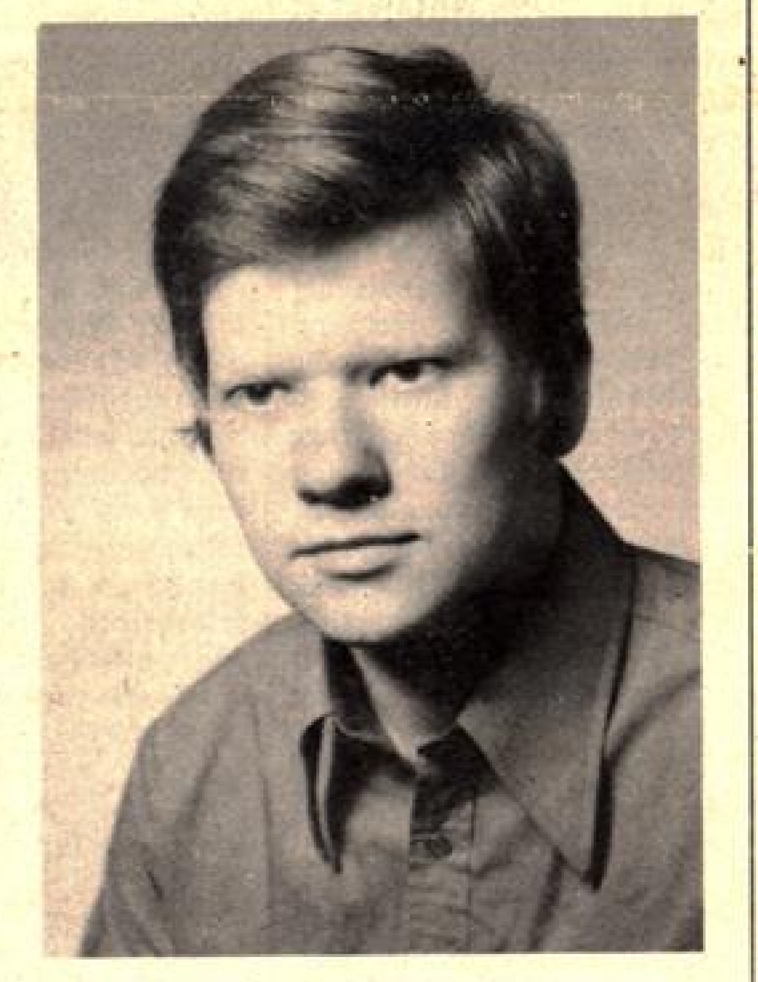

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 19, 11. Mai 1979 13. Jahrgang 1 DM

# Kommunisten aus Bremen und Westberlin in der DDR verhaftet

**Sonntag, 22. 4. 1979. Irgendwo in der DDR werden der 30jährige Berliner Wolfgang Geißler und der 23jährige Bremer Reinhard Schimke verhaftet. Beide sind Kommunisten, Mitglieder der KPD/ML, die nicht nur gegen die Herrschenden im Westen, sondern auch gegen die Herrschenden im Osten kämpft. Unsere Partei tritt ein für den revolutionären Sturz des Ausbeuterregimes im Westen wie im Osten unserer Heimat. Unser Ziel ist ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Deshalb drohen Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke in der DDR hohe Haftstrafen. Helft ihnen durch eure Solidarität! (Seite 3: Aufruf des Politbüros der KPD/ML zu den Verhaftungen).**





*Links: Wolfgang Geißler; rechts: Reinhard Schimke.*

## Gewinne der Ölmultis brechen alle Rekorde

**Die multinationalen Ölkonzerne haben beim Kassieren sämtliche Hemmungen abgelegt. Der Zuwachs der ausgewiesenen Gewinne liegt im ersten Quartal bei 50 Prozent. Einige Firmen haben den Gewinn mehr als verdreifacht.**

Die Exxon Corporation, der größte Ölkonzern der Welt, hat nach den ersten drei Monaten in diesem Jahr eine knappe Milliarde Dollar erwirtschaftet. Ein in diesen Kreisen schon bescheidener Zuwachs von 37 Prozent. Mobil Oil und Texaco brachten es auf 81 Prozent Gewinnsteigerung, Continental Oil auf die absolute Rekordmarke von 343 Prozent.

Der Verbraucher, der stellenweise schon über eine Mark für Benzin zahlen muß, finanziert diese Zuwachsraten. Die „Süddeutsche Zeitung" hat errechnet, daß nach den jüngsten Preiserhöhungen der OPEC um 9 Prozent 100 Liter Heizöl höchstens 35 Mark kosten dürften. Tatsächlich wird es im Durchschnitt für 43 Mark verkauft. Nach wie vor gibt es keine Ölverknappung, nach wie vor sind die Vorratstanks zum Überlaufen voll.

Selbst die FAZ läßt sich angesichts solcher Profite zu einem klammheimlichen Zweifel an den Prinzipien der Marktwirtschaft hinreißen: „Die für dumm gehaltenen Verbraucher (...) vergolden den Ölriesen ihre Bilanzen und schimpfen auf die Ölscheichs. (...) Das hohe Lied auf das freie Spiel der Marktkräfte läßt sie auf die — leicht abgewandelte — Parole ihrer Marktführer setzen: ‚Es gibt viel zu verdienen — warten wir es ab.' "

# Hoesch-Bosse wollen 600 Arbeitsplätze vernichten

## Ziel der Stahlbosse ist 50 000!

**Wenn es nach dem Willen des Hoesch-Vorstands geht, dann sollen die Drahtverfeinerung der Dortmunder Westfalenhütte und die Weiterverarbeitung des Dortmunder Hoesch-Werks Phoenix geschlossen werden!**

Diese drastischen Rationalisierungspläne würden die Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen bedeuten.

Auf einer Versammlung der Kollegen der Drahtverfeinerung versuchte Hoesch-Arbeitsdirektor Heese die Betroffenen in Sicherheit zu wiegen, indem er ihnen andere Arbeitsplätze auf der Hütte versprach. Die RGO-Betriebsgruppe Hoesch entlarvte dieses Beschwichtigungsmanöver als Lüge.

Es ist nämlich bekannt, daß die Hoesch-Bosse sich bereits mit fünf weiteren Betriebsteilen intensiv beschäftigen, um weitere Stillegungen vorzubereiten. Das Versprechen auf neue Arbeitsplätze kann also nur als Hinhaltemanöver verstanden werden.

Außerdem besteht die Belegschaft der Weiterverarbeitung zu 90 Prozent aus qualifizierten Facharbeitern, die dann auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze abgeschoben werden müßten.

Gegen diese Absichten forderten die Kollegen der Drahtverfeinerung auf ihrer Versammlung: Erhalt der Arbeitsplätze!

Die RGO-Betriebsgruppe Hoesch unterstützt den Kampf der Hoesch-Arbeiter für diese Forderung. Außerdem ruft sie die Kollegen auf, vom Betriebsrat und der Ortsverwaltung der IG Metall die Organisierung von Protestmärschen und Kundgebungen sowie die Mobilisierung der Bevölkerung zu verlangen.

### Elisabeth von Dyck

# Faktisch die Todesstrafe vollstreckt

**In der Nacht zum letzten Sonntag wurde die zur RAF gehörende Terroristin Elisabeth von Dyck von einem Kommando der westdeutschen Polizei in Nürnberg ohne Gerichtsverfahren erschossen. Die Massenmedien der Bundesrepublik präsentierten Nahaufnahmen der toten Frau wie eine Trophäe.**

Daß es sich in Nürnberg um eine bewußt gestellte Todesfalle handelte, läßt sich selbst aus den zurechtgemachten Berichten einer „Bild am Sonntag" herauslesen. Es heißt da:

„Mehrere Kripobeamte hatten Freitagnacht in der Wohnung Stephanstraße 40 in Nürnberg (nahe der Meistersingerhalle) auf Elisabeth von Dyck gewartet. Im Treppenhaus fühlte sie sich entdeckt, ‚Hände hoch!' riefen einige Beamte. Als die Terroristin trotzdem zur Pistole greifen wollte, krachten Schüsse. Die junge Frau brach schwerverletzt zusammen. Eine Stunde später starb sie im Krankenhaus. (...) Bei der Obduktion der Toten wurde festgestellt: Zwei Geschosse hatten die Terroristin getroffen — das eine in den Oberschenkel, das andere **in den Rücken.**"

Offensichtlich beabsichtigt die Bourgeoisie, die Mitglieder der RAF nach und nach physisch zu liquidieren. Wenn wir auch die Politik der RAF als konterrevolutionär zurückweisen, so muß doch das Vorgehen der westdeutschen Polizeiorgane aufs schärfste verurteilt werden. Auf kaltem Wege, ohne daß dafür eine gesetzliche Grundlage bestünde, wird von ihnen faktisch die Todesstrafe vollstreckt. Dies ist besonders empörend angesichts der Tatsache, daß gleichzeitig nazifaschistische zehntausendfache Mörder von westdeutschen Gerichten unbehelligt gelassen bzw. freigesprochen werden!

## Doppelt so radioaktiv

Wie jetzt der US-amerikanische Gesundheitsminister einem Untersuchungsausschuß gegenüber zugeben mußte, war die radioaktive Strahlung, der die in der Nähe des Kernkraftwerks von Harrisburg lebenden Menschen ausgesetzt waren, doppelt so hoch wie ursprünglich angenommen. Dadurch besteht nach Angaben des Ministers die erhöhte Gefahr für zwei Millionen Menschen, die im Umkreis von 80 Kilometern um den Reaktor leben, an Krebs zu erkranken.

Außerdem sprach er von unübersehbaren Erbschäden, die durch die ausgetretenen radioaktiven Dämpfe hervorgerufen worden sein können.

Diese Enthüllungen lassen befürchten, daß die ersten offiziellen Stellungnahmen lediglich der Beschwichtigung der Bevölkerung dienten und daß nun schrittweise die Wahrheit über das Atomunglück ans Tageslicht tritt.

## Drei Rauschgifttote in vier Tagen

An einer Überdosis Heroin starben in Nürnberg innerhalb von vier Tagen drei Drogenabhängige, ein junger Amerikaner, eine 24jährige Prostituierte und eine 19jährige Fotolaborantin. Ein 24Jähriger schwebt in Lebensgefahr. Allein in Nürnberg hat es damit insgesamt elf Drogentote seit Jahresbeginn gegeben!

Der erschreckende Anstieg der Rauschgifttoten hat in Bonn nichts bewirkt außer allgemeinen Erklärungen, wie sie auch in der Vergangenheit schon abgegeben wurden.

## Explosionsunglück in Hamm

Am vergangenen Sonntag ereignete sich in Hamm erneut ein schweres Explosionsunglück. In einer chemieverarbeitenden Fabrik hatten sich austretende Gase entzündet und führten zu einer Explosion. Einer von zwei anwesenden Nachtschichtarbeitern brach vor dem Fabriktor verletzt zusammen.

Die Fabrik war erst vor einigen Jahren gebaut und mit einem „supermodernen" Sicherheitssystem ausgerüstet worden: Bei Feuer sollte automatisch Kohlendioxyd zum Löschen ausströmen. Da durch die Explosion das Dach davonflog, verpuffte das Kohlendioxyd ins Freie und machte das „supermoderne Sicherheitssystem" unwirksam!

# 1. Mai '79 — im Zeichen wachsender Kampfbereitschaft

Am 1. Mai 1979 gingen Zehntausende in der Bundesrepublik und in Westberlin auf die Straße, um für die Forderungen der Arbeiterklasse und gegen Arbeitslosigkeit, Rationalisierungsterror und den Abbau sozialer und politischer Rechte des arbeitenden Volkes zu demonstrieren.

Auf den vom DGB organisierten Maikundgebungen und Demonstrationen stand nicht der Europawahlrummel und das Gerede von Sozialpartnerschaft im Vordergrund. Wo die DGB-Führer und Vertreter der Bonner Parteien diese Themen auf Kundgebungsreden in den Vordergrund rücken wollten, wurden sie meist mehr oder weniger niedergepfiffen, oder aber ihre Ausführungen wurden mit eisigem Schweigen quittiert.

Auf den Demonstrationen herrschte meist eine sehr kämpferische Stimmung. Die Demonstranten und Gewerkschafter sorgten dafür, daß klassenkämpferische Parolen und die Forderungen nach Verwirklichung der 35-Stunden-Woche und nach dem Verbot der Aussperrung im Mittelpunkt der DGB-Demonstrationen standen.

Ausführliche Berichte über den 1. Mai in der Bundesrepublik und Westberlin sowie in verschiedenen Teilen der Welt lesen Sie auf den Seite 4 und 5 und auf Seite 11. Auf Seite 11 finden Sie auch einen Bildbericht über die 1.-Mai-Demonstration in Tirana, der Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.




*1.-Mai-Demonstration in Frankfurt*

## Kommentar

# „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“

(Bertold Brecht)

Generalfeldmarschall Keitel, Generaloberst Hans-Jürgen Stumpf und Admiral Hans Georg Friedrich von Friedeburg unterzeichneten am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst die Kapitulationsurkunde. Der deutsche Imperialismus, der am 1. September 1939 ausgezogen war, die ganze Welt seiner Herrschaft zu unterwerfen, der ausgezogen war, die Sowjetunion Lenins und Stalins zu liquidieren, war unter den machtvollen Schlägen der antifaschistischen Völker und der Anti-Hitler-Koalition zusammengebrochen. Das faschistische Terrorregime, das im Namen des deutschen Volkes unvorstellbare Verbrechen an den Völkern der Welt begangen hatte, hatte aufgehört zu existieren. ***Für das deutsche Volk ist der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung in die Geschichte eingegangen.***

Seitdem sind 34 Jahre ins Land gegangen. Die Westmächte haben die deutsche Nation gespalten und die geschlagenen deutschen Imperialisten wieder hochgepäppelt. Die DDR, anfangs die Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse, wurde durch den revisionistischen Verrat der SED in ein sozialfaschistisches Völkergefängnis verwandelt.

Die Westmächte installierten das reaktionäre Adenauer-Regime und dachten nicht im Traum daran, die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens durchzuführen. Alte Nazis wurden in verantwortliche Stellungen gehievt, die Entflechtung der Konzerne wurde gestoppt; die Wiederaufrüstung wurde betrieben. Wieder wurden und werden Kommunisten eingekerkert, obwohl (oder weil) sie im antifaschistischen Kampf an vorderster Front gestanden haben. KPD-Verbot und Notstandsgesetze, das sind traurige Meilensteine der westdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Heute betrachten viele Menschen im In- und Ausland die Entwicklung in unserem Land mit wachsendem Argwohn. Wieder wandern Bilder vom „häßlichen Deutschen“ durch die internationale Presse. Der Begriff „Berufsverbot“ ist zum internationalen Markenartikel geworden und wird automatisch mit Westdeutschland in Verbindung gebracht. Die Neo-Nazis treiben, geschützt von deutschen Polizisten, immer dreister ihr Unwesen.

Hieß es früher „auf der Flucht erschossen“, so werden heute schon wieder Menschenleben durch den „Rettungsschuß“ ausgelöscht. Ein perfektes, nach neuestem wissenschaftlichen Stand aufgebautes Spitzel- und Computersystem überzieht unser Land. Mit Polizei und Bundesgrenzschutz verfügen die westdeutschen Imperialisten über Terrortruppen, die bereit stehen, größere Streikbewegungen gewaltsam niederzuwerfen. Brutal gehen die Unternehmer mit dem Aussperrungsterror gegen die Arbeiterklasse vor, um das Streikrecht zu vernichten, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen.

Die westdeutschen Imperialisten verfügen über die stärkste Armee Westeuropas und stehen bei der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges mit an vorderster Front. Skrupellos würden sie die Welt in ein neues Blutbad stürzen.

*„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!‘*, das schworen sich Millionen Deutsche, als der Alptraum der Nazi-Herrschaft vorüber war. Doch der Bonner Staat hat längst wieder Kurs auf ein neues 33 genommen.

Allerdings wird dieser Kurs nicht widerstandslos hingenommen. An verschiedenen Fronten formieren sich die Menschen zum Kampf gegen den Bonner Staat. Sie schließen sich in verschiedenen Initiativen zusammen, kämpfen gegen Polizeiterror, gegen das immer frechere Auftreten der Neonazis, fordern das gesetzliche Verbot der Aussperrung, bekämpfen erfolgreich Berufsverbote.

Noch ist die antifaschistische Bewegung zersplittert. Sie zu vereinigen, über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg zu einer starken und breiten Front gegen Reaktion und Faschismus aufzubauen, ist das Gebot der Stunde.

Am 8. Mai 1945 lag Deutschland in Schutt und Asche. Die Machtgier der deutschen Monopole hatte das deutsche Volk in unvorstellbares Elend gestürzt. Die Werktätigen waren es, die durch ihrer Hände Arbeit Deutschland wieder aufgebaut haben. In diesem Zusammenhang ist der 8. Mai mehr als ein Gedenktag. Wir sind aufgefordert, mit aller Kraft zu verhindern, daß uns die Imperialisten, die Krupp und Thyssen, ein weiteres Mal in eine nationale Katastrophe führen.

## Aus dem Inhalt




**Herausgeber: ZK der KPD/ML**

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.


### 10. Plenum des ZK der SED

# Verschwendungssucht und Betrug

**Am 26. und 27. April fand in Ostberlin das 10. Plenum des Zentralkomitees der SED statt. Parteichef Honecker ging in seinem Schlußwort auf verschiedene Disziplinbrüche bei der Durchführung des laufenden Wirtschaftsplans ein. Damit bestätigte er offiziell die schon länger bekannten erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der SED-Führung.**

Indirekt gab Honecker zu, daß zahlreiche Partei- und Wirtschaftsfunktionäre aus dem Plan ausscheren und in die eigene Tasche wirtschaften. „Für Objekte außerhalb des Planes werden bilanzierte Baukapazitäten, Materialien und Arbeitskräfte eingesetzt“, beklagte Honecker und führt weiter aus: „Bei den sogenannten Schwarzbauten geht es um Vorhaben, die Nationaleinkommen verbrauchen, jedoch keine Mark zusätzlich bringen.“ Im Verlauf seines Schlußwortes kündigt er organisatorische Konsequenzen bei den verantwortlichen Planungsstellen und Ministerien an.

Schon im Oktober beschäftigte sich der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Mielke, in einer Geheimrede vor ausgesuchten Funktionären mit der wirtschaftlichen Lage. Er spricht von massiven Fehlplanungen, von Manipulierung der Planabrechnungen, von Verschwendungssucht und Betrug.

Die chemische Industrie, die Leichtindustrie und die metallverarbeitende Industrie bewegen sich erheblich unter den Zielvorstellungen des Fünfjahrplans, durch Fehlplanung liegen Fertigerzeugnisse ungenutzt herum; Wirtschaftsfunktionäre entwickeln wirklichkeitsfremde Pläne. Sogar von „Begünstigung von Staatsverbrechen in der Volkswirtschaft“ war die Rede.

Es ist bekannt, daß die Reaktionäre aller Länder die Wirtschaftskrise in den revisionistischen Staaten des Ostblocks zum Anlaß nehmen, die wirkliche sozialistische Planwirtschaft zu diffamieren. Diese antikommunistische Hetze nutzt der Stasi-Chef aus, um von den Ursachen der Krise in der DDR abzulenken. „Die von mir behandelten Probleme und Mängel sind keine systemimmanenten Schwierigkeiten“ (das heißt Schwierigkeiten, die ihre Ursache im Wirtschaftssystem der DDR haben). Die Verantwortung für die Wirtschaftsmisere schiebt er auf ausländische Korrespondenten, Spione, Agenten bzw. ihren kriminellen Einfluß auf einzelne Funktionäre der DDR.

Daß es ausländische Agenten in der DDR gibt, wollen wir gar nicht bestreiten. Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann man ihnen bestimmt nicht in die Schuhe schieben. Die haben sehr wohl „systemimmanente“ Gründe.

Für die Werktätigen dagegen herrscht Wohnungsnot. Längst nimmt die ostdeutsche Arbeiterklasse ihre wirtschaftliche Lage nicht mehr kampflos hin. 1977 brach in einem Chemiebetrieb in Karl-Marx-Stadt ein Streik aus. Damit demonstrierten die Kollegen gegen die astronomischen Kaffeepreise.

Es gibt wieder Klassengegensätze in der DDR. Ihre Verschärfung bedeutet eine große Gefahr für die SED-Führung. Deshalb sagte Mielke in seiner Geheimrede: „Nicht zu unterschätzen sind die Gefahren, die von der breiten Propagierung solcher Thesen ausgehen können, wie der angeblichen neuen Klasseneinteilung in der DDR, der sogenannten Unterprivilegierung der Arbeiterklasse.“

Die Ursache der Krise ist die kapitalistische Wirtschaft in der DDR. Immer offener wird die Förderung des privaten Sektors betrieben. So heißt es in den Direktiven zur Volkswirtschaftsplanung des IX. Parteitags der SED: „Die Kapazitäten des genossenschaftlichen und privaten Handwerks sind (...) auch weiterhin zu fördern.“

Den Boden für die Wiederherstellung des Kapitalismus hat die SED-Führung selbst bereitet. So hat sie es auch zu verantworten, wenn sich immer mehr Wirtschaftsfunktionäre die kapitalistische Logik zu eigen machen und Mittel aus dem Plan abzweigen, um sich persönlich zu bereichern; denn verständlicherweise sehen die kleinen Bonzen nicht ein, daß nur die oberste Führungsschicht in Saus und Braus lebt.

Die Leidtragenden dieser Politik sind die Werktätigen, die immer mehr durchschauen werden, daß die Ursachen der Krise nicht im Sozialismus liegen, sondern in der Tatsache, daß die SED den Sozialismus verraten hat.

### Gespräch zwischen Schmidt und Albrecht

# Sand im Entsorgungsgetriebe

**Am Montag, den 30. April fand ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Albrecht statt. Es wurde Stillschweigen vereinbart. Wie jedoch aus Kreisen der niedersächsischen Landesregierung verlautet, soll das umstrittene Entsorgungszentrum vorläufig nicht gebaut werden.**

Offensichtlich ist den verantwortlichen Politikern die Protestdemonstration der 100 000 in Hannover gehörig in die Glieder gefahren. Jeder drückt sich, wo er nur kann, vor klaren Aussagen. NRW-Landeschef Rau verkoppelte kurzerhand die Teilgenehmigungen für die Atomprojekte an Rhein und Ruhr mit der Entsorgungsfrage in Gorleben, um Albrecht den schwarzen Peter zuzuspielen, der ihn seinerseits der Bundesregierung und der SPD-Opposition in Hannover weitergibt. Die SPD/FDP-Koalition wiederum bezieht Prügel von der CDU/CSU-Opposition in Bonn, weil sie sich - so Kohl - dem Einfluß der Parteilinken nicht entziehen könne.

Doch das Lavieren der Verantwortlichen kann zu einem gefährlichen Schachzug werden. Denn kein Politiker stellt ernsthaft die Stillegung aller Atomkraftwerke zur Diskussion. Wenn auch der Bau der Todesfabrik in Gorleben herausgezögert wird, tritt in den Zwischenlagerstätten ein gefährlicher Stau des gefährlichen Atommülls auf.

Was hindert die Politiker daran, später die Gefahren über die Anhäufung des gefährlichen Mülls zu beschwören, um durch Einschüchterung der Bevölkerung dann doch noch zu ihrem Entsorgungszentrum zu kommen? **Deshalb ist es unbedingt erforderlich, die Forderung nach Stillegung aller Atomkraftwerke mehr in den Vordergrund zu rücken.**

Mitte Mai erfahren wir mehr. Am 14.5. befaßt sich das Kabinett in Bonn mit Gorleben, für den 16.5. hat Albrecht eine Regierungserklärung vor dem niedersächsischen Landtag angekündigt.

### Fredersdorf gründet „Bürgerpartei“

# Strauß soll Kanzler werden

**Hermann Fredersdorf, von der SPD verstoßen, hatte am 1. Mai in der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg seinen großen Auftritt. Mit viel szenarischem Geschick gründete er seine „Bürgerpartei“(BPa).**

In einer pompösen Eröffnungsrede wetterte er gegen die „verkrusteten und etablierten Parteien“. Seinen frisch gegründeten Verein pries er als „neue politische Kraft der freien Mitte“. Und um ein klares Fanal gegen die „ideologische Verklemmung“ zu setzen, die er bei den Bundestagsparteien festgestellt haben will, erklärte er den 1. Mai kurzerhand zum „Tag des freien Bürgers“. Dieser Vorschlag wurde dann auch von der rund 350 Leute starken Versammlung frenetisch begrüßt und per Beschluß ins Statut aufgenommen.

Fredersdorfs Pläne sind genauso groß wie seine Sprüche. Bis November will er 10 000 Mitglieder organisiert haben, bei den Bundestagswahlen rechnet er mit zwei Millionen Stimmen. Erklärtes Ziel ist die Beseitigung der FDP aus dem parlamentarischen Leben unserer Republik. Sinnigerweise hat auch die CSU seit längerem die FDP als das Hindernis erkannt, das einer Machtergreifung der CDU/CSU im Wege steht.

In seiner ersten Legislaturperiode gehe er keine Koalition ein, stellte Fredersdorf fest, für den es kein Problem zu sein scheint, die Fünfprozenthürde zu überspringen. Der einzige Mann, den er sich als Kanzler vorstellen könne, sei Franz Josef Strauß. „Zufälligerweise“ schlugen in jüngster Zeit auch einige CSU-Mitglieder vor, Strauß müsse Kanzler werden, und der Bayern-Kurier (Herausgeber: Franz Josef Strauß) erklärte, die CSU sei bereit, sich der „nationalen Verantwortung“ zu stellen.

Zugegeben, Fredersdorf wirkt lächerlich. Aber wir sollten bedenken, daß schon lächerlichere Figuren in Deutschland Politik gemacht haben. Sollte Fredersdorf seine Pläne realisieren — und Mäzene dafür hat er gewiß — so würde das auf jeden Fall eine erhebliche Verschärfung der politischen Lage mit sich bringen. Denn stellt er erst etwas dar, wird Strauß sich seiner bedienen.

## Aus für deutsche Raketenfirma in Zaire

Die Regierung von Zaire hat den bis zum Jahr 2 000 gültigen Pachtvertrag mit der deutschen Raketenfirma „Otrag“ abrupt gekündigt. Der deutsche Ingenieur L. Kasiser hatte ein Gelände, groß wie die DDR, gepachtet, um Billigraketen zu testen. Von Anfang an haben die Nachbarländer dagegen Protest eingelegt, weil sie sich durch die Raketenbasis in ihrer Sicherheit bedroht fühlten. Offenbar mußte sich Mobutu diesem Druck jetzt beugen.

## Springer will SPD-Blatt retten

SPD-Schatzmeister Halstenberg und Chefredakteur Ahlers (SPD) haben eine beachtenswerte Idee, die letzte große sozialdemokratische Tageszeitung, die „Hamburger Morgenpost“, vor dem Ruin zu bewahren. Sie wollen eine parteipolitisch unabhängige Auffanggesellschaft gründen. Mit von der Partie ist bei dieser Gesellschaft neben verschiedenen Banken auch die Axel Springer AG.

Kenner der Szene äußerten bereits, Springer habe die Absicht, sein Verhältnis zur SPD/FDP-Koalition zu verbessern. Es ist ja auch mit der Zeit frustrierend, als staatstragende Kraft dauernd aus der Perspektive der Oppositionsbänke berichten zu müssen.

Außerdem wird Springer nachgesagt, er habe es satt, sich aus Kreisen der Koalition als „Monopolist beschimpfen zu lassen“. Eine tolle Logik: Pressezar Springer bekommt eine neue Zeitung, um nicht mehr als Monopolist zu gelten. Die SPD gibt ihrerseits deutlich zu erkennen, daß sie längst die Partei des Monopolkapitals geworden ist.

## „Diäten-Poker“

„Schluß mit dem Diäten-Poker“. Unter dieser Losung drangen rund 100 alte Leute Ende letzten Monates in die Bannmeile des Landtagsgebäudes ein. Unter Hinweis auf ihre eigene erbärmliche Rente protestierten sie gegen die geplante Diätenerhöhung, die sich die Abgeordneten selbst verordnen wollen. Die mit Blumengirlanden demonstrierenden Rentner sind besonders empört über den Plan der Volksvertreter, sich zusätzlich eine Beamtenrente zuzuschanzen, für die keinerlei Beiträge entrichtet werden brauchen.

Die kämpferischen Rentner führten Plakate mit, auf denen sie ungeschminkt ihre Meinung über das Parlament äußerten: „Ist das Parlament versaut, das auf die Dummheit der Bürger baut“, und „Gewerkschaften, warum so stumm? Sozialrentner sind nicht mehr dumm“. Die **achtzigjährige Leserin**, die uns von der Rentner-Aktion berichtete, bemerkte noch in ihrem Schreiben: „Nun wissen wir selbst, daß man mit Blumengirlanden und Plakaten nichts erreichen kann.“

## *Zitat der Woche*

*„Sind wir alle Säufer und Diebe?“* (Westberlins Polizeipräsident Klaus Hübner über die Westberliner Polizisten).

# Sofortige Freilassung der Genossen Wolfgang und Reinhard!

**Sonntag morgen, 9.00 Uhr. Der 30jährige Berliner Wolfgang Geißler verabschiedet sich von seiner Frau und seinem kleinen Sohn: „Bis heute abend." Wolfgang Geißler, in der DDR geboren, will seiner alten Heimat einen Besuch abstatten. Mit einem Tagesvisum für Wittenberge in der Tasche fährt er los . . .**

**Am gleichen Tag fährt auch der 23jährige Reinhard Schimke aus Westberlin ab. Er ist zu einem Wochenendbesuch nach Berlin gekommen. Abends will er wieder zu Hause, in Bremen, sein. Denn am Montag muß Reinhard Schimke pünktlich wieder bei seiner Firma im Bremer Hafen sein...** . Aber Reinhard Schimke kommt an diesem Sonntagabend nicht in Bremen an. Am Montag bleibt sein Arbeitsplatz leer. Auch am Dienstag: keine Nachricht, kein Lebenszeichen.

Reinhard Schimke ist auf dem Transitweg durch die DDR gefahren. Nach dem Transitabkommen, das zwischen der Bundesregierung und der DDR abgeschlossen wurde, ist die DDR verpflichtet, über Unfälle, Festnahmen usw. von Transitreisenden innerhalb einer „angemessenen" Frist zu informieren. In der Regel beträgt diese Frist 48 Stunden. Aber über Reinhard Schimke geben die DDR-Behörden auch am Dienstag noch keinerlei Auskunft.

**Erst am Donnerstag, also nach 96 Stunden, erhält der Anwalt, den Reinhard Schimkes Eltern inzwischen eingeschaltet haben, von den zuständigen westdeutschen Behörden die kurze Nachricht: Reinhard Schimke sei am Sonntag, den 22. 4. 1979 festgenommen worden. Am gleichen Tag noch habe ein gewisser Staatsanwalt Aeber Haftbefehl erlassen.**

Und Wolfgang Geißler? Auch er kommt an diesem Sonntagabend nicht zu seiner Frau und seinem kleinen Sohn zurück. Es wird Montag, Dienstag . . . **Wo ist Wolfgang Geißler? Was ist mit ihm passiert? Fast zwei Wochen bekommt Frau Geißler keine Antwort auf diese quälenden Fragen. Dann, am 3. 5. 79 erfährt sie, daß auch ihr Mann am 22. 4. 79 verhaftet wurde.**

### In der DDR verhaftet...

Und warum wurden Reinhard Schimke und Wolfgang Geißler verhaftet? Zollvergehen, logen die DDR-Behörden. Logen, jawohl. Denn Reinhard Schimke und Wolfgang Geißler sind keine Schieber oder Schmuggler. Sie wurden verhaftet.

### ...weil sie Kommunisten sind!

Kommunisten wie Bernd Hübner aus Neumünster, der vor zwei Jahren ebenfalls in der DDR verhaftet wurde. Auch hier hieß es „Zollvergehen". Tatsächlich aber wurde Bernd Hübner festgenommen, weil er ein Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten bei sich trug; tatsächlich wurde Bernd Hübner in tagelangen Verhören im Ostberliner Gefängnis des berüchtigten Staatssicherheitsdienstes immer wieder gefragt: „Was wissen Sie über die Arbeit und den Aufbau der KPD/ML in der DDR?"

**Denn unsere Partei, die KPD/ML, kämpft nicht nur im Westen Deutschlands für den Sozialismus, sondern auch im Osten: Gegen das sozialfaschistische Honecker-Regime und seine Moskauer Drahtzieher, die die Werktätigen in der DDR ausbeuten und hinter Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen einsperren. Für die Wiedererrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats, in der DDR. Für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!**

### Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke brauchen deine Hilfe!

Denn wer in der DDR verhaftet wird, ist der Willkür der Honecker-Clique und des Staatssicherheitsdienstes hilflos ausgeliefert. Das gilt für alle „Politischen", erst recht aber für Kommunisten wie Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke! Denn für Arbeiter, die nicht nach Honeckers Pfeife tanzen, gibt es in diesem angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaat" keinerlei Rechte:

- Bis zur Gerichtsverhandlung ist der Untersuchungshäftling im allgemeinen von der Außenwelt völlig abgeschnitten. In einzelnen Fällen dauerte diese Isolierung bis zu 15 Monaten.
- Seinen Rechtsanwalt bekommt der Untersuchungshäftling in der Regel erst wenige Tage vor seinem Prozeß zu sehen. Und dieser Anwalt ist auch bei westdeutschen Angeklagten niemals ein westdeutscher, sondern immer ein Anwalt der DDR.
- Noch nicht einmal, was ihm eigentlich vorgeworfen wird, erfährt der Angeklagte. Denn die Anklageschrift ist geheim. Er bekommt sie erst wenige Tage vor der Gerichtsverhandlung und auch dann nur für eine halbe Stunde zu sehen.
- Die Gerichtsverhandlung selbst findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, allenfalls als Zuschauer zugelassen sind Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes.

Sollte es zu einer Gerichtsverhandlung kommen, dann müssen Reinhard Schimke und Wolfgang Geißler mit hohen Gefängnisstrafen rechnen. Das haben die DDR-Behörden bereits angedroht. Als sie Bernd Hübner damals, vor rund zwei Jahren, nach drei Wochen aus der Haft entließen, drohten sie: „Sag deinen Genossen der KPD/ML, der nächste, den wir von ihnen erwischen, kommt nicht so glimpflich davon . . ."

### Sofortige Freilassung von Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke!

**Wir wissen nicht, was das Honecker-Regime mit Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke vorhat. Bis heute wissen ihre Angehörigen noch nicht einmal, in welchem Gefängnis der DDR sie sich befinden, wie es ihnen geht. Aber wir wissen, daß es nur einen Weg gibt, sie selbst vor jahrelanger Haft, ihre Angehörigen in Bremen und Westberlin vor jahrelanger Sorge zu bewahren: unsere Solidarität, unseren Kampf für ihre sofortige Freilassung.**

Nur so kann man auch die zuständigen Behörden in Bonn und Westberlin dazu bewegen, etwas für Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke zu unternehmen. Denn alles, was man bis jetzt von ihnen hörte, war: „Wir können nichts machen." Und das sagen die gleichen Herren, die sich die Hacken abrennen, wenn es um das Schicksal irgendwelcher Westagenten, Fluchthelfer oder Dissidenten wie Biermann und Konsorten geht. Da überschlagen sie sich vor Sorge, da schlägt die Presse Alarm, ruft Löwenthal zu Hilfsaktionen auf.

Aber bei einfachen Menschen? Noch dazu Kommunisten? Da findet sich keiner dieser Herren bereit, gegen die Verletzung von Menschenrechten zu protestieren. Im Gegenteil. Beide, Reinhard Schimke wie Wolfgang Geißler müssen damit rechnen, aus ihrem Betrieb entlassen zu werden. Denn in ihrem Haß auf die Kommunisten, da sind sie sich einig, die Herrschenden im Osten, die ihr Ausbeuterregime als „Sozialismus" und die Herrschenden im Westen, die ihr Ausbeuterregime als „freiheitlich-demokratisch" verkaufen wollen.

**Deshalb appellieren wir an euch, Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Jugendliche: Unterstützt den Kampf unserer Partei für die sofortige Freilassung von Reinhard Schimke und Wolfgang Geißler.**

**Protestiert bei**

**Ständige Vertretung der DDR**
**Kölner Str. 18**
**5300 Bonn/Bad Godesberg**
**Tel.: 02221/379051.**
**Oberste Staatsanwaltschaft der DDR**
**X 104 Berlin 4,**
**Scharnhorststr. 37**
**Tel.: 00 372 / 22 60.**

**Spendet**

**Spendet auf folgende Konten der KPD/ML: 64 20 / 467 — Postscheckkonto Dortmund 321 004 547 — Stadtsparkasse Dortmund.** ***Stichwort*** **für beide Konten: „Reinhard und Wolfgang".**

## Aufruf des Politbüros der KPD/ML

Seit dem 22. 4. 1979 sind zwei Genossen unserer Partei, Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke, in der DDR in Haft. Verhaftet einzig und allein deshalb, weil sie Kommunisten, Mitglieder der KPD/ML sind! Das ist das wahre Gesicht des angeblichen Arbeiter- und Bauernstaates in der DDR: Sozialfaschismus und zügelloser Haß auf den Kommunismus!

In unserer Partei gilt das Arbeiterwort: „Einer für alle, alle für einen!" So wie wir sicher sind, daß Genosse Geißler und Genosse Schimke gegenüber dem Staatssicherheitsdienst mutig die Partei und ihren Kampf gegen die Herrschenden im Westen und im Osten Deutschlands verteidigen; so sind wir auch sicher, daß die gesamte Partei und die Rote Garde alles daransetzen werden, um sie freizukämpfen.

Wir wissen, daß es nur einen Weg gibt, um Genossen Geißler und Genossen Schimke zu helfen: das Verbrechen der Honecker-Clique breit bekanntzumachen, eine Welle der Solidarität zu entfachen, entschlossen zu kämpfen. Denn das ist die einzige Sprache, die die sozialfaschistische Honecker-Clique versteht. Das ist auch die einzige Möglichkeit zu erreichen, daß sich die westdeutschen Behörden für die Freilassung von Genossen Geißler und Genossen Schimke einsetzen.

Deshalb appellieren wir an alle Genossen und Freunde der Partei, an alle Rotgardisten, an alle demokratisch gesinnten Menschen: Kämpft für die sofortige Freilassung von Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke aus der DDR-Haft!

## Resolution des IV. Plenums des Zentralkomitees der Roten Garde

Das Zentralkomitee der Roten Garde spricht den Genossen Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke seine volle Solidarität aus. Ihre Verhaftung durch die DDR-Behörden ist bezeichnend für den Charakter des Honecker-Regimes, das in den revolutionären Kommunisten zu Recht eine Gefahr für den Bestand der sozialfaschistischen Ausbeuterordnung sieht.

Die Genossen Reinhard und Wolfgang werden ihre Partei und ihre Gesinnung, für die sie jetzt im Gefängnis sitzen, gegenüber dem Staatssicherheitsdienst zweifellos mutig und standfest verteidigen. Die Kraft und den Mut in dieser schwierigen Situation beziehen sie aus der Überzeugung, daß die Partei, alle Genossen, Freunde und fortschrittliche Menschen auf ihrer Seite stehen und sie unterstützen.

Das ZK der Roten Garde versichert der Partei im Kampf für die Freilassung der Genossen Wolfgang und Reinhard aus der DDR-Haft die volle Unterstützung des Jugendverbandes. Wir werden alles tun, was wir können, um das Verbrechen des Honecker-Regimes breit bekanntzumachen und anzuprangern.

Wir werden geeignete Aktionen vorbereiten, die den DDR-Behörden möglichst deutlich klarmachen, daß sie unsere Genossen nicht klammheimlich und reibungslos in den Kellern des Stasi-Knastes verschwinden lassen können.

**Freiheit für die Genossen Wolfgang und Reinhard!**

6. 5. 79, **Zentralkomitee der Roten Garde**

## Der Fall Bernd Hübner

Die Genossen Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke sind nicht die ersten Genossen der Partei, die vom Stasi verhaftet wurden. Vor zwei Jahren verschwand der Genosse Bernd Hübner aus Neumünster für drei Wochen in einem DDR-Gefängnis:

**Samstag, 12. 2. 77.** Bernd fährt übers Wochenende nach Westberlin. Als er dem Ostteil der Stadt einen kurzen Besuch abstatten will, wird er vom Stasi verhaftet.

**Mittwoch, 16. 2. 77.** Bernd ist Werkzeugmacher bei AEG. Die Unternehmer drohen ihm eine fristlose Kündigung wegen unentschuldigten Fehlens an.

**Freitag, 18. 2. 77.** Die Partei startet in der ganzen Bundesrepublik eine Kampagne zur Freilassung des inhaftierten Genossen. In Betrieb und Stadtteil werden Flugblätter verteilt; überall tauchen Plakate mit dem Porträt des Genossen auf.

**Samstag, 19. 2. 77.** 400 Freunde und Genossen demonstrieren in Bonn für die Freilassung Bernd Hübners. Die Abschlußkundgebung findet vor der ständigen Vertretung der DDR statt.

**Montag, 21. 2. 77.** Die Kollegen von AEG-Neumünster werden über das Verschwinden von Bernd informiert. Die Solidarität ist groß. Die fristlose Kündigung scheitert.

**Samstag, 26. 2. 77.** In Westberlin und Neumünster finden Demonstrationen für die Freilassung von Bernd statt.

**Mittwoch, 2. 3. 77.** Es ist geschafft: Genosse Bernd ist freigekämpft!



*400 Freunde und Genossen demonstrieren am 19. 2. 77 in Bonn.*

# Die KPD/ML — Sektion DDR kämpft für den Sturz der Honecker-Clique

Zur Jahreswende 1975/76 wurde die Sektion DDR der KPD/ML in tiefster Illegalität gegründet. Die Genossen schreiben in der Gründungserklärung: *„Die Zeit ist längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei in Angriff zu nehmen. Schon lange ist die SED unwiderruflich zu einer Partei des revisionistischen Verrats, zu einer bürgerlichen, sozialfaschistischen* (sozialistisch in Worten, faschistisch in der Tat, Red.) *Partei entartet. Schon lange ist der ehemalige Arbeiter- und Bauernstaat zu einem kapitalistischen Staat geworden, in dem die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden."*

Bekanntlich wächst die Opposition in der DDR gegen das Honecker-Regime immer mehr. Die Arbeiter fangen an,




mit Streiks gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage vorzugehen, die Jugend lehnt sich gegen den Geist des preußischen Kadavergehorsams auf, und es kommt immer öfter zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei, die lediglich dem Namen nach eine **Volks**polizei ist.

Angesichts dieser Situation versucht die Bourgeoisie, den Haß der Werktätigen gegen die sozialfaschistische Honecker-Clique in einen Haß gegen die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus umzufälschen. Deshalb wird auch die antikommunistische Dissidentenbewegung als Führerin der Opposition und des Widerstands ausgegeben.

Die Sektion DDR unserer Partei entlarvt alle diese Manöver und greift vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus das Regime in Ostberlin an. Nicht die Diktatur des Proletariats, nicht der Sozialismus sind schuld an den Verhältnissen in der DDR. Im Gegenteil, der Sozialismus, die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats, die von der SED gestürzt wurden, sind die einzige Möglichkeit, um die Lage der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen in der DDR grundlegend zu verbessern.

Die SED-Führung reagiert mit Terror und Unterdrückung auf jede Art von Kritik. Am meisten aber haßt sie die wirklichen Kommunisten, die Genossen der Partei, die ihr die sozialistische Maske vom Gesicht reißen, sie auf eine Stufe mit der westdeutschen Ausbeuterklasse stellen und den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland führen.

Die Genossen Wolfgang und Reinhard werden das zu spüren bekommen. Es ist an uns, sie aus den Klauen der Sozialfaschisten zu befreien.

**1. Mai 1979: Für das Verbot der Aussperrung, für die 35-Stunden-Woche!**
















**Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen und anderen Werktätigen gingen in der Bundesrepublik und in Westberlin am 1. Mai 1979 auf die Straße, um für die Forderungen und Ziele der Arbeiterklasse zu demonstrieren. Zwar waren es auch in diesem Jahr noch nicht die breiten Massen der Arbeiter und kleinen Angestellten, die den 1. Mai nach alter Arbeitertradition als ihren internationalen Kampftag begingen, sondern hauptsächlich die aktiven Gewerkschafter und die politisch wachen Teile der werktätigen Jugend. Aber dennoch spiegelten sich auf den Demonstrationen und Kundgebungen des 1. Mai '79 die Fortschritte wider, die die Arbeiterbewegung in den vergangenen Monaten gemacht hat.**

# 1. Mai 79 — im Zeichen der Kampferfahrungen des vergangenen Jahres

Auch auf den DGB-Kundgebungen beherrschten klassenkämpferische Parolen und die Forderungen der Arbeiterklasse weitgehend die Szene. Ohne Übertreibung kann man feststellen: Im Mittelpunkt des diesjährigen 1. Mai standen die Forderungen nach Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und nach dem Verbot der Aussperrung.

Die Kluft zwischen den Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmern und den Bonzen und Ministern auf den Rednertribünen des DGB war in diesem Jahr sichtbarer als früher. Das Sozialpartnerschaftsgerede der Bonzen fand keinen Anklang und die Phrasen und reaktionären Parolen der bürgerlichen Spitzenpolitiker wurden teils mit eisigem Schweigen, teils auch mit Pfiffen und Buhrufen quittiert.

Immerhin hielten die DGB-Führer es für ratsam, entgegen ihren ursprünglichen Plänen das Thema Europawahl auf den Kundgebungen in den Hintergrund treten zu lassen. Die breite oppositionelle Front unter den aktiven Gewerkschaftern an der Basis gegen die Verfälschung des 1. Mai hat offenbar Verunsicherung in der DGB-Zentrale hervorgerufen.

Auf den DGB-Kundgebungen konnte im allgemeinen keine gute und kämpferische Stimmung aufkommen. Dafür sorgten die Ministerauftritte und die meist ausgesprochen langweiligen und phrasenhaften Ansprachen der DGB-Spitzenfunktionäre.

Anders sah es da schon bei den Demonstrationsmärschen aus. Hier herrschte meist eine kämpferische und gute Stimmung. Hier gaben die Kollegen von der Basis, die klassenkämpferischen Maidemonstranten selbst den Ton an. Auf zahlreichen Transparenten wurden die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen erhoben, die sich in den letzten Jahren in den Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen herauskristallisiert haben. Bemerkenswert ist unter anderem, daß viele Parolen gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen, gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die zunehmende Faschisierung zu sehen waren.

Und immer wieder die gegenwärtig wichtigsten aktuellen Forderungen der westdeutschen Arbeiterbewegung: für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für das Verbot der Aussperrung. Auf vielen Maidemonstrationen des DGB trug die Mehrzahl der Teilnehmer keineswegs die oft kritisierte und verspottete offizielle DGB-Maiplakette, sondern es wurden überwiegend Plaketten getragen, die von oppositionellen Kräften in Umlauf gebracht worden waren. Vorherrschend waren da zwei Plaketten: Die Plakette, die von den Vertrauensleuten des Druckhauses Madsack in Hannover initiiert worden war. Aufschrift: „Jetzt erst recht! 35 Stunden bei vollem Lohn!" Und die Plakette der Kampagne für das Verbot der Aussperrung mit der Parole „Aussperrung verbieten!"

In den letzten 30 Jahren wurde die Tradition des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse nicht zuletzt durch den Einfluß des Reformismus und des modernen Revisionismus und durch die reaktionäre DGB-Führung in der deutschen Arbeiterschaft weitgehend zersetzt und verschüttet. Aber das Wiederaufleben dieser großen Tradition hat begonnen. Nicht dem Gerede von „sozialem Frieden" und Sozialpartnerschaft und nicht den verlogenen Sprüchen der bürgerlichen Parteibonzen gehört die Zukunft, sondern den Losungen des Klassenkampfs. Ein geschärftes Klassenbewußtsein der Gewerkschafter, ein wachsendes Selbstbewußtsein der DGB-Mitglieder und -Funktionäre drückte dem 1. Mai '79 den Stempel auf.

Es wurden in diesem Jahr viele Diskussionen unter den Kollegen über die Frage geführt, wie man sich erfolgreich gegen den Verrat der Vetter, Loderer, Hauenschild und Co. wehren, wie man eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik durchsetzen kann. Auch solche Kollegen, die noch Vorbehalte der RGO gegenüber haben, waren dennoch bereit, sich mit den Zielen und Grundsätzen der RGO ernsthaft auseinanderzusetzen. Das Argument, daß die Opposition in den DGB-Gewerkschaften organisiert werden muß, daß sie zu einer einheitlichen und schlagkräftigen Macht werden muß, gibt vielen Kollegen zu denken. So stießen denn die Maiflugblätter der RGO, aber auch die Zeitung „RGO-Nachrichten" und die Broschüre mit den Gründungsdokumenten der RGO bei vielen Kollegen auf Interesse.

Man kann davon ausgehen, daß dieser 1. Mai die Einheit der klassenkämpferischen Gewerkschafter gestärkt und die Voraussetzungen für die Kämpfe in den Betrieben gegen die Angriffe der Kapitalisten verbessert hat.

## Kurzberichte von den Kundgebungen und Demonstrationen

### Bremen

10 000 bis 12 000 Menschen beteiligten sich an der Maikundgebung in Bremen. Oberbürgermeister Koschnik (SPD) trat als Redner auf. Koschnik wollte Propaganda für die Europawahl machen. Er wurde von den Kundgebungsteilnehmern total zusammengepfiffen. Als dann der Sprecher des DGB die Kundgebungsteilnehmer deshalb beschimpfte, wurde auch er zusammengepfiffen. Erstmals konnte in Bremen in diesem Jahr die Forderung durchgesetzt werden, daß auf der DGB-Kundgebung ein Vertreter des DGB-Ortsjugendausschusses das Wort erhielt. Er ging bei seiner Rede konkret auf die Lage der Arbeiterjugend ein und erhielt als einziger Redner Beifall. Auch in Bremen fanden die Plaketten der Kampagne für das Verbot der Aussperrung reißenden Absatz.

### Celle

Trotz schlechten und kalten Wetters versammelten sich in Celle mehrere hundert Menschen zur Maikundgebung des DGB. Auch in Celle hatten Gewerkschafter gefordert, daß Kollegen aus dem Betrieb sprechen dürfen. Daß diese Forderung von der DGB-Verwaltungsstelle abgelehnt wurde, hat bei einigen Kollegen Unmut geschaffen. Auch daß die Rednerin des DGB nicht auf die Stillegung der Spinnhütte (ein Textilbetrieb in Celle) am Anfang dieses Jahres einging, stieß auf Kritik bei den Kollegen. Durch die Stillegung der Spinnhütte verloren 135 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. Einige Kollegen hatten sich Plakate mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche und dem Verbot der Aussperrung, die an Parkuhren aufgehängt worden waren, genommen und um den Hals gehängt. Am offiziellen Informationsstand des DGB sind Plakate aufgehängt worden, auf denen unter anderem zu lesen war: „Der 1. Mai gehört den Arbeitern — nicht den Bonzen und Ministern!" Auch lagen auf dem Stand die Faltblätter der Kampagne für das Verbot der Aussperrung aus. Sehr begehrt unter den Kundgebungsteilnehmern waren die Plaketten für die 35-Stunden-Woche und für das Verbot der Aussperrung.

### Dortmund

6000 bis 7000 Kollegen aus den Dortmunder Betrieben, Krankenhäusern und Verwaltungen nahmen an der Kundgebung des DGB teil. Sie zogen in drei Demonstrationszügen zum Westfalenpark, dem Kundgebungsort. Im Mittelpunkt standen bei der Demonstration die Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche und nach dem Verbot der Aussperrung. Die Kollegen der Stadtverwaltung forderten unter anderem, daß statt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen neue Planstellen geschaffen werden sollen. Eine Forderung der Kollegen des Sozialamtes lautete: „Keine Jugendpolizei in NRW." Viele Demonstrationsteilnehmer waren darüber empört, daß die vom DGB bestellen Spielmannszüge statt Lieder der Arbeiterbewegung Karnevalsmusik spielten. Auf der Kundgebung wurden 300 Plaketten der Kampagne für das Verbot der Aussperrung verkauft. Während der Kundgebungsreden von NRW-Finanzminister Posser und vom DGB-Vorsitzenden Bleicher herrschte eisiges Schweigen. Bleicher erntete nur ein einziges Mal Beifall: als er das gesetzliche Verbot der Aussperrung forderte. Am Nachmittag fand im Westfalenpark der „Jugendmai" statt. Bereits bei der Vorbereitung hatte es unter der Gewerkschaftsjugend Empörung gegen die Bonzen gegeben, weil die verschiedenen fortschrittlichen Initiativen Auftrittsverbot erhielten. Vieles von dem, was die Bonzen untersagt hatten, war aber dann trotzdem auf dem Jugendmai zu finden. Am Informationsstand der ÖTV-Jugend lag eine Unterschriftenliste gegen diese undemokratische Maßnahme des DGB-Kreisvorstands aus.

### Duisburg

In Duisburg finden immer zwei getrennte DGB-Demonstrationen und Kundgebungen statt. Im Norden, wo vor allem Thyssen konzentriert




*In vielen Städten fanden am Vorabend des 1. Mai Veranstaltungen der RGO oder auch Veranstaltungen der KPD/ML statt. Meistens lag der Schwerpunkt dabei auf dem „Tanz in den Mai". Teilweise sprachen auf diesen Veranstaltungen revolutionäre Betriebsräte. So sprach in Westberlin auf der Maiveranstaltung der RGO, an der mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, eine Betriebsrätin von AEG-Telefunken. In Kiel auf der RGO-Veranstaltung wurde die Rede von einem HDW-Betriebsrat gehalten, in Dortmund sprach auf der RGO-Veranstaltung der RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon. In Hamburg hielt der RGO-Ortsvorsitzende Christian Matthiessen (Betriebsrat bei HDW) die Ansprache, bevor dann die „Elbspeelers" zum Tanz aufspielten. Unser Foto wurde auf einer Maiveranstaltung in Köln aufgenommen, zu der die Arbeitertheatergruppen „Der wahre Anton" und „Zeitzünder" eingeladen hatten.*

# 1. Mai 1979 — Kampftag für die Forderungen der Arbeiterschaft

ist und im Süden, wo Mannesmann den industriellen Schwerpunkt bildet. Im Norden waren in diesem Jahr mit 2000 Teilnehmern erheblich weniger Kollegen auf der DGB-Kundgebung versammelt als im letzten Jahr, was sich nur mit der Enttäuschung und Erbitterung der Stahlarbeiter von Thyssen über den Verrat der IGM-Bonzen am Stahlarbeiterstreik erklären läßt.

Im Süden dagegen hatte die Demonstration die gewöhnte Größe. Das hängt sicher damit zusammen, daß bei Mannesmann ein sehr aktiver und kämpferischer Vertrauenskörper der IGM existiert, der dafür sorgt, daß viele Kollegen trotz des Verrats nicht resignieren. So demonstrierten hier 4000 Kolleginnen und Kollegen, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche weitergeht. Die Demonstration war geprägt von den Forderungen und Erfahrungen des Stahlstreiks. Die 35-Stunden-Woche und das Vebot der Aussperrung standen als Forderungen an erster Stelle. Türkische Arbeiter bereicherten den Demonstrationszug durch Musik und Folklore aus der Türkei. Bei der Schlußkundgebung verließ ein großer Teil der Kollegen schnell den Hochfelder Markt. Sie wollten sich nicht die Lügen und Wahlpropaganda des Bildungsministers Schmude anhören. Dagegen wurde in einigen Kneipen noch bis in den Nachmittag hinein über Probleme der Arbeiterbewegung und über den Sozialismus diskutiert.

Am Sonntag, den 29. April hatte bereits das Maifest der Initiative Duisburger Stahlarbeiter stattgefunden. 800 Teilnehmer waren gekommen. Die Karten waren ausverkauft. Die bekannte Songgruppe „Schmetterlinge" spielte unter anderem ihre neuen Lieder über den Stahlstreik. Der Redner der Initiative betonte die Notwendigkeit, den Kampf für die Ziele des Stahlstreiks weiterzuführen. Grußadressen, unter anderem aus der Türkei und aus Longwy, wurden verlesen. Filme und Dias vom Stahlstreik und von der Demonstration der Stahlwerker in Paris wurden gezeigt. Eine Spendensammlung erbrachte rund 2000 Mark. Ein Teil dieses Betrages soll an die belgischen Kollegen, die für die 36-Stunden-Woche kämpfen, weitergeleitet werden.

## Hamburg

An der DGB-Demonstration in Hamburg beteiligten sich 25000 Menschen. Auf der Abschlußkundgebung waren es sogar 40000 Teilnehmer. Auch hier standen bei der Demonstration die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und dem Verbot der Aussperrung im Mittelpunkt. Am Abend wurde vom Ortsverein der IG Druck und Papier eine kämpferische Maiveranstaltung organisiert, auf der unter anderem die Gesangsgruppe „Elbspeelers" und die „Schmetterlinge" auftraten. Die Veranstaltung war mit 2000 Teilnehmern ausverkauft. Es herrschte eine ausgezeichnete Stimmung.

## Karlsruhe

In Karlsruhe war die Demonstration nicht zuletzt durch die Tarifrunde im Einzelhandel geprägt, bei der es bereits zu einer Reihe größerer Warnstreiks gekommen war. So hatten Mitglieder des Ortsjugendausschusses der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen mehrere Transparente mit den Forderungen für die Tarifrunde hergestellt. Auf einem dieser Transparente hieß es: „Einzelhandel — Jetzt hilft nur noch Streik!" Kurz vor Beginn jedoch zogen die DGB-Bonzen dieses vorher von ihnen genehmigte Transparent ein. Die Kollegen von der HBV-Jugend jedoch malten in aller Eile ein neues Transparent mit der gleichen Aufschrift und dieses Mal verzichteten die Bonzen darauf, es einzuziehen.

## München

Bei regnerischem, kaltem Wetter fanden sich auf dem Marienplatz zur Demonstration des DGB 8000 bis 10000 Menschen ein. Sehr viele Transparente forderten die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Rund 1500 ausländische Kollegen, vor allem aus der Türkei, waren unter den Demonstranten. Auf der Schlußkundgebung leistete sich die DGB-Führung eine unverschämte Provokation gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern. Sie präsentierte als einen der Redner den äußerst reaktionären Münchner CSU-Oberbürgermeister Kiesl. Kiesl ließ sich denn auch nicht lumpen und hielt eine provokatorische, durch und durch antigewerkschaftliche und antikommunistische Rede. Er wurde von der gesamten Masse der Kundgebungsteilnehmer niedergepfiffen.

## Münster

Bei der Maidemonstration des DGB in Münster kam es zu blutigen Ausschreitungen der Polizei gegen Demonstrationsteilnehmer. Als der Demonstrationszug sich an einem „Sex-Shop" vorbeibewegte, riefen Kolleginnen einer Frauengruppe: „Weg mit den Sex-Shops!" Daraufhin zerrten Polizisten plötzlich eine Frau, die diese Parole mit einem Megaphon rief, aus dem Demonstrationszug und brachten sie zu einem Streifenwagen. Die Frau sollte zur Polizeiwache gebracht werden. Die Kolleginnen protestierten am Streifenwagen dagegen. Auch andere Demonstranten gaben ihrer Empörung Ausdruck. Da raste der Fahrer des Polizeiwagens auf Befehl seines Vorgesetzten vorwärts und rückwärts in die Menge. Eintreffende weitere Polizeikräfte schlugen brutal und wahllos mit Gummiknüppeln in die Menschenansammlung. Mehrere verletzte Demonstranten mußten nach diesem Polizeieinsatz zur ambulanten Behandlung das Krankenhaus aufsuchen. Sie wurden unter anderem auch durch Tritte in den Unterleib verletzt. Eine Frau mußte mit Verdacht auf Schädelbruch im Krankenhaus bleiben.

## Kiel

In Kiel fand keine DGB-Demonstration statt. Stattdessen aber organisierte ein Maikomitee, an dem sich neben verschiedenen Bürgerinitiativen und gewerkschaftsoppositionellen Kräften auch die RGO beteiligte, eine selbständige Maidemonstration. Die Teilnehmerzahl lag bei rund 700 Menschen. Unter anderem wurden auch Transparente gegen die geplanten Stillegungen auf der Howaldts-Werft (HDW) mitgetragen. Auf der Schlußkundgebung hielt ein Vertreter der RGO die Hauptrede. Unter anderem sprach auf der Kundgebung auch ein türkischer Kollege.

## Stuttgart

An die 10000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration und der anschließenden Kundgebung des DGB. Das sind mehr als in den Jahren zuvor. Auch hier im Mittelpunkt die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und dem Verbot der Aussperrung. Die Plakette der Madsack-Kollegen für die 35-Stunden-Woche war mehr zu sehen als die offizielle Maiplakette. Kollegen verschiedener Gewerkschaften führten Unterschriftensammlungen durch, die sich gegen die Politik ihrer Führungen richteten. Zum Beispiel ÖTV-Kollegen sammelten Unterschriften gegen Klunckers Forderung nach schnellem Ausbau der Atomenergie. IG-Druck-Kollegen sammelten für die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages. Außerdem sammelte die Initiative gegen Reaktion und Faschismus 400 Unterschriften gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen.

## Westberlin

An der Demonstration und Kundgebung des DGB beteiligten sich rund 30000 Menschen. Da die IG Metall nur zu der Kundgebung aufgerufen hatte, hatte sich eine Initiative von Betriebsräten und Vertrauensleuten der Metallindustrie gebildet, die auch zur Demonstration aufrief. Mehrere hundert Kollegen beteiligten sich in einem Block der Berliner Metaller an der Demonstration. Auch die RGO hatte zur Teilnahme daran aufgerufen. Auf der Kundgebung, als der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert und der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft und frühere Staatssekretär, Ernst Haar, ihre Reden hielten, kam es zu Pfeifkonzerten.



Stuttgart



Bremen

BETRIEBSJUGENDGRUPPE ÜBERNAHME NACH DER AUSBILDUNG! IN DEN ERLERNTEN BERUF

Bochum



Stuttgart

Bremen

Solidarität aller Stahlarbeiter in Europa

Duisburg



Bremen



Hamburg

## Internationale Arbeitersolidarität in Europa

# Deutsche Druckereiarbeiter stoppen Streikbruchausgabe der Londoner „Times“

**Während die DGB-Führer den 1. Mai mißbrauchen wollten, um Propaganda für das Europa der Monopole zu machen, gaben am Vorabend des 1. Mai hessische Druckereiarbeiter und Gewerkschafter durch ihren praktischen Kampf ein Beispiel dafür, was internationale Solidarität der Arbeiterklasse bedeutet.**

Seit mehr als 20 Wochen stehen die Drucker und Setzer der Londoner „Times“ im Streik gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Einführung elektronischer Satztechniken. Die Times-Bosse versuchten nun, einen Streikbruch durchzusetzen. Kurz vor den Unterhauswahlen am 3. Mai wollten sie eine Notausgabe der „Times“erscheinen lassen. Im Inland sahen sie jedoch aufgrund der solidarischen Haltung der britischen Druckereiarbeiter keine Erfolgsaussichten für ein solches Unterfangen. In der Bundesrepublik hingegen — so spekulierten sie — könnte der Streikbruch gelingen.

In Frankfurter und Darmstädter Hotelzimmern wurde eine siebenköpfige Redaktion etabliert. Telex- und Telephonanschlüsse wurden beantragt. Nach den Vorstellungen der Timesbosse sollte die Ausgabe zu den Unterhauswahlen nur der Auftakt für weitere Notausgaben sein, die in Hessen hergestellt werden sollten.

Die Satzherstellung sollte die Darmstädter Firma Gutfreund besorgen. Der Druckauftrag ging an die Frankfurter „TER-Druck GmbH“, eine Druckerei, die sich im Besitz einer türkischen Kapitalgruppe befindet. In der TER-Druck GmbH wird die in Westdeutschland erscheinende Ausgabe der türkischen Tageszeitung „Tercuman“ hergestellt.

Die schmutzigen Pläne der Times-Kapitalisten aber scheiterten an der Solidarität und Kampfentschlossenheit deutscher Gewerkschafter und Druckereiarbeiter. Die deutschen Druckereiarbeiter haben nicht vergessen, daß ihnen im vergangenen Jahr, als sie selbst im Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze standen, ebenfalls die internationalistische Solidarität ausländischer Kollegen zuteil geworden war. Damals weigerten sich z.B. österreichische Kollegen, Springers „Hör zu“ zu drucken.

Der Vertrauensleutekörper der IG Druck und Papier in der Frankfurter Societätsdruckerei verurteilte den Streikbruchplan der „Times“-Bosse, sobald er bekannt wurde, in einer Protesterklärung. 200 Kollegen unterschrieben diese Erklärung. In Darmstadt veranstaltete der Ortsverein der IG DruPa eine Protestkundgebung vor dem Gebäude der Firma Gutfreund. Und am Donnerstag vor dem 1. Mai, als der Druck der Notausgabe in der TER-Druck GmbH in Frankfurt-Zeppelinheim anlaufen sollte, zogen dort mehrere hundert deutsche und türkische Kollegen auf, um - wie sie sagten - das Erscheinen der Zeitung mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Kollegen, die rund um die Uhr Streikposten standen, hatten Spruchbänder aufgestellt mit den Parolen: „Verhindert die Herausgabe der Times!“ - „Solidarität mit den Times-Druckern“ — „Die Bundesrepublik ist kein Eldorado für Streikbrecher“. Die IG Druck und Papier hatte dazu aufgerufen, jegliche Arbeit zum Druck der britischen Zeitung zu verweigern und ihr Erscheinen zu verhindern. Diesen Aufruf setzten die Kollegen konsequent in die Tat um. Auch Kollegen von der englischen Druckergewerkschaft nahmen an der Aktion teil - sie stellten sich als Streikposten auf.

Durch diesen Kampf der Druckereiarbeiter waren die Times-Bosse schließlich gezwungen, den Druckauftrag zurückzuziehen. Die Streikbruchausgabe konnte nicht erscheinen. Das ist ein schöner Erfolg der internationalen proletarischen Solidarität!



*Durch aktive internationale Solidarität verhinderten Hunderte von Druckereiarbeitern, unter ihnen viele Vertrauensleute und Betriebsräte, das Erscheinen einer Streikbruchausgabe der Londoner „Times“, die in der TER-Druck GmbH in Zeppelinheim bei Frankfurt gedruckt werden sollte. Das Foto zeigt die demonstrierenden IG-Druck-Mitglieder vor dem Druckhaus der TER-Druck GmbH.*

## Kurz berichtet

### Belgien: Streik für Wochenarbeitszeitverkürzung erfolgreich

**Charleroi/Belgien**
Die Belegschaft des Elektrokonzerns ACEC in Charleroi (Belgien) hat erfolgreich für einen Einstieg in die 36-Stunden-Woche gestreikt. Vom Mai dieses Jahres an beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bei ACEC nur noch 39 und vom Juni an dann nur mehr 38 Stunden. Auch in anderen Bereichen der Wirtschaft Belgiens gibt es schon die 38-Stunden-Woche. Bei Banken und Versicherungen ist die Wochenarbeitszeit sogar schon auf 37,5 Stunden gesenkt. Belgien ist ein Land mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote wird mit knapp 9 Prozent angegeben. Deshalb ist die Forderung nach der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unter den belgischen Werktätigen sehr populär.

### Warnstreik gegen Unternehmerwillkür

**Lüneburg**
Mehrere Stunden streikten am Mittwochvormittag rund 50 Arbeiter und Angestellte der Lüneburger Firma Kidde gegen einen Erpressungsversuch der Firmenleitung. Die Bosse der Fabrik für Feuerlöschanlagen hatten den etwa 60 Belegschaftsangehörigen neue Arbeitsverträge zur Unterzeichnung vorgelegt. Die neuen Verträge enthielten soziale Verschlechterungen bei der Vergütung von Überstunden und beim Freizeitausgleich. Allen Kollegen, die sich geweigert hatten, zu unterschreiben, hatte die Firmenleitung eine im Januar eingeführte außertarifliche Zulage wieder abgezogen.

### „Keine ausreichende Bereitschaft zur Arbeit“

Dr. Fritz-Heinz Himmelreich, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und gleichzeitig auch Vorsitzender des Vorstandes der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, stellte in einer Ansprache vor Hamburger Unternehmern klar, wo man die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit zu suchen hat: Nicht etwa bei seiner und seinesgleichen Gier nach Profit, nicht etwa im Kapitalismus. Nein. Schuld sind die Arbeitslosen selbst. Ihnen fehle es oft nicht nur an „nötigem Können“, sondern „ebensosehr auch an der ausreichenden Bereitschaft zur Arbeit.“ Himmelreich mahnte denn auch die Regierung, sie solle ja nicht dem Druck von Teilen der SPD und der Gewerkschaften nachgeben und die „gefundenen Zumutbarkeitsmaßstäbe in der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz wieder aufweichen!“ Mit den „gefundenen Zumutbarkeitsmaßstäben“ meint er die unmenschlichen Zumutbarkeitsbestimmungen, die bereits der berüchtigte „Runderlaß 230“ enthält.

## *„Kreischender Mob“*

In der britischen Presse konnte man lesen: „Ein kreischender Mob von linksradikalen Extremisten“ habe mit brutaler Gewalt „die Pressefreiheit geknebelt“. Die Verbände der bundesdeutschen Zeitungsverleger bezeichneten die Solidaritätsaktion der Druckereiarbeiter als „sozialpolitischen Vandalismus“.

Warum dieses maßlose und haßerfüllte Geifern? Es ist doch weiter nichts geschehen, als daß eine geplante Streikbruchausgabe der „Times“ nicht erscheinen konnte.

Die hysterische Reaktion erklärt sich daraus, daß die Bourgeoisie die internationale Klassensolidarität der Arbeiter fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

Die Kapitalisten selbst verschwören sich jeden Tag und in jeder Beziehung und unter Ausnutzung aller ihrer enormen materiellen und politischen Machtmittel im internationalen Maßstab gegen die Arbeiter.

Wenn aber die Arbeiter sich in internationaler Klassensolidarität üben, wenn sie einem geplanten internationalen Streikbruchversuch der Kapitalisten entschlossen entgegentreten, dann erhebt sich ein widerwärtiges Geheule, ein wildes Zeter-und-Mordio-Schreien.

Solange es den reaktionären Gewerkschaftsbonzen wie Vetter, Loderer und Hauenschild noch gelingt, die internationale Solidarität derArbeiterklasse zu sabotieren, sie zu ersetzen durch einen total verlogenen und falschen „Internationalismus“ à la Europawahlen— solange können die Geldsäcke noch ruhig schlafen. Aber ihr ruhiger Schlaf dürfte von nun an immer häufiger gestört werden. Erst vor wenigen Wochen haben Stahlarbeiter aus Duisburg ein Beispiel internationaler Arbeitersolidarität gesetzt, als sie nach Paris fuhren und sich an dem gewaltigen Protestmarsch gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der französischen Stahlindustrie beteiligten.

Die Kollegen von der IG Druck und Papier in Frankfurt haben an diesem Beispiel angeknüpft und in hervorragender Weise dazu beigetragen, den Bund der internationalen proletarischen Solidarität im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten zu stärken.

Für die Arbeiterbewegung ist die Schmiedung dieser internationalen Klassensolidarität eine unbedingte Notwendigkeit. Gerade auch die westeuropäische Arbeiterklasse muß dem Europa der Monopole ihren gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung entgegensetzen.

Die Kapitalisten und die bürgerliche Presse der Bundesrepublik versuchen jetzt, die Aktion der hessischen IG-Druck-Kollegen als gesetzwidrig hinzustellen. So will der hessische Zeitungsverlegerverband Strafanzeige gegen die IG Druck stellen. Das ist nicht nur ein Versuch, den gerechten internationalistischen Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrükken, sondern zugleich ein weiterer Vorstoß zur völligen Verstümmelung des Streikrechts in der Bundesrepublik. Weisen wir diesen frechen Angriff entschieden zurück!

## Aus der Gewerkschaft

### IG-Druck-Proteste gegen Tarifabschluß

**Hamburg**
Wir berichteten bereits im vorletzten „Roten Morgen“ über Protestresolutionen des Ortsvereins Stuttgart und der IG-Druck-Jugend Hamburg gegen den Tarifabschluß bei den Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Inzwischen wurden wir über weitere Proteste informiert. Auf der 24. Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier sprachen sich Kollegen von Springer (Kaiser-Wilhelm-Straße), Gruner & Jahr, Bauer, Mühlmeister & Johler und H. O. Persiehl (Norderstedt) z.T. sehr scharf gegen den Schandabschluß aus, der die 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre festschreibt. Gefordert wurde auf der Delegiertenversammlung auch die Abwahl der verantwortlichen Funktionäre, die Umwandlung der Delegiertenversammlung in eine Mitgliederversammlung und daß Tarifabschlüsse künftig nur noch durch Urabstimmung angenommen werden können. In einem Antrag, der vom Vertrauenskörper der IG DruPa im Heinrich Bauer Verlag (Hamburger Zweigniederlassung) eingebracht wurde, heißt es u.a.

*„Der abgeschlossene Lohntarifvertrag sowie die zusätzlich abgeschlossenen Regelungen zum MTV/Druckindustrie, stellen für uns eine Unterwerfung der großen Tarifkommission unter das Tarifdiktat der Unternehmerverbände dar. Dieser Abschluß entspricht nicht einmal annähernd den beschlossenen tarifpolitischen Zielsetzungen unserer Organisation, sondern orientiert sich gradlinig an dem Tabukatalog der Unternehmerverbände.“*

### IG-Bau-Delegierte fordern 35-Stunden-Woche

**Dortmund**
Auf der 11. westfälischen Landesverbandstagung der IG Bau-Steine-Erden forderten die Delegierten die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und das Verbot der Aussperrung. Sie forderten gegenüber der Aussperrungspraxis der Unternehmer ein „gemeinsames Handeln aller Gewerkschaften“. Die Kollegen untermauerten die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche mit dem Hinweis darauf, daß im nordrhein-westfälischen Baugewerbe in den vergangenen Jahren rund 30 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet wurden. Die Delegierten sprachen sich außerdem gegen die Verjährung von Naziverbrechen und gegen den Bau der Neutronenbombe aus.

### Das Zitat

**München**
Wir berichteten im letzten RM darüber, daß der VW-Vorstand Eugen Loderer in seiner Eigenschaft als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender mit der Leitung der Hauptversammlung der Volkswagen AG betraut. Zu dieser Funktion des IGM-Vorsitzenden schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. April 1979:

*„Wer sich über den Hauptversammlungsmoderator Loderer laut wundert, läßt eigentlich erkennen, daß er - und nicht die Gewerkschaften - immer noch in Resten von Klassenargumenten denkt* […] *Es wird gefragt, ob Loderer wohl den ‚richtigen‘ Ton finden wird. Das ist sein Problem. Es ist jedoch zu erwarten, daß er vom Pult der Hauptversammlung eine flammende Rede über Ausbeutung, Lohndiktat und Couponschneiderei halten wird* […] *Die Preispolitik des Unternehmens trägt Loderer mit. Wie sollte er auch anders? Er sitzt im Aufsichtsrat zum Nutzen des Unternehmens. In dieser Rolle wird er demnächst die Hauptversammlungsglocke schwingen.“*

Bemerkenswert ist, daß die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ diese Zeilen der „Süddeutschen“ voller Stolz in ihren Spalten zitiert (Ausgabe vom 3. 5. 79). Wir möchten unsererseits der „Süddeutschen Zeitung“ nur in einem Punkt widersprechen: Das „Denken in Klassenkampfargumenten“ ist in den Gewerkschaften durchaus nicht „überwunden“. Schließlich bestehen die Gewerkschaften ja nicht nur aus Leuten wie Eugen Loderer oder den Redakteuren von „Welt der Arbeit“.

### Europa der Arbeitnehmer?

Die DGB-Führung trommelt bekanntlich für die Europawahl. Vetter, Loderer und Hauenschild selbst kandidieren auf der SPD-Liste. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen an die Urnen gelockt werden, wobei man ihnen weismachen will, durch das richtige Kreuzchen auf dem Stimmzettel könnten sie dazu beitragen, daß sich das Europa der Monopole in ein „Europa der Arbeitnehmer“ verwandle.

Was von solchen Versprechungen der DGB-Führer zu halten ist, zeigt sich u.a. daran, daß sie hinter dem Rücken der Arbeiter die Krisen- und Sanierungsprogramme der EG-Monopole unterstützen, mit denen die Profite auf Kosten der Arbeiter gesichert werden. So findet sich z.B. in der „Welt der Arbeit“ vom 3.5.79 ein Artikel, der ziemlich unverhüllt den brutalen Feldzug der Stahlkonzerne zur Vernichtung von Arbeitsplätzen gutheißt, dem in den nächsten drei Jahren noch mindestens 80 000 Arbeitsplätze in der westeuropäischen Stahlindustrie zum Opfer fallen sollen. „Welt der Arbeit“ berichtet positiv über den entsprechenden Sanierungsplan des EG-Kommissars Etienne Davignon. Ihren eigenen Standpunkt faßt die DGB-Zeitung so zusammen:

*„Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weltmarkt muß die Strukturwandlung am Hochofen so schnell wie möglich erfolgen. Mit Rücksicht auf die davon betroffenen Menschen müssen demnächst neue Arbeitsplätze geschaffen und Sozialpläne entwickelt werden.“*

Das ist ein eindeutiges Ja zu den Rationalisierungsfeldzügen der Konzernherren und zur Arbeitsplatzvernichtung. Der dazugelieferte fromme Wunsch nach „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ ändert nichts daran. Er dient nur dazu, die Arbeiterfeindlichkeit dieser Haltung zu bemänteln.




*Ein neuer Beginn: Die erste Maifeier nach dem Ende der Nazi-Herrschaft (Hamburg 1946).*

**34 Jahre ist es her, daß am 8. Mai 1945 die Truppen der Anti-Hitler-Koalition die Niederlage des Hitler-Faschismus besiegelten. Für die Völker Europas, die unter dem faschistischen Raubkrieg Hitlers zu leiden hatten, ist das ein Gedenktag des Sieges und der Befreiung. Aber auch das deutsche Volk, dessen beste Vertreter das Nazi-Regime von Anfang an aktiv bekämpft hatten, wurde an diesem Tag von einer zwölfjährigen Terrorherrschaft befreit.**

**Wenn die offiziellen Bonner Vertreter sich zu diesem Tag äußern, dann fallen große Worte von „Mahnung" und „Lehren ziehen". Diese Worte können aber die Tatsache nicht verdecken, daß der Urheber der faschistischen Herrschaft, das deutsche Finanzkapital, nach dem Kriege in seiner Macht nicht gebrochen wurde. Heute herrschen die gleichen Monopole und Banken in Westdeutschland, die einst Adolf Hitler an die Macht brachten, um ihre chauvinistischen Weltherrschaftspläne zu verwirklichen.**

**Heute auch besitzt der Bonner Staat, hinter den Supermächten, eine der stärksten Armeen der Welt. Aber auch heute bereitet sich der Bonner Staat erneut auf die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur vor. Das wird durch die Notstandsgesetze, aber auch durch Skandalurteile in Nazi-Prozessen, Berufsverbote, Bespitzelung und Todesschüsse der Polizei bewiesen.**

**Für die Antifaschisten und Kommunisten in unserem Lande ist der 8. Mai ein Anlaß, gegen diese für unser Volk verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften zu kämpfen. Den Berufsverboten muß ein Riegel vorgeschoben werden, das gesetzliche Verbot der Aussperrung muß erzwungen werden. Der hemmungslose Ausbau des Polizeiapparates, seine Bewaffnung mit schweren Waffen darf nicht hingenommen werden. Es gilt aber auch, Bonn einen Strich durch die Rechnung zu machen, wenn es sich anschickt, den Nazi-Faschismus, zum Beispiel durch Verjährung, offen zu rehabilitieren. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Diese Losung der Antifaschisten von 1945 ist heute so aktuell wie damals.**

# Der 8. Mai — Tag des Sieges über den Faschismus

## Bochumer Initiativen organisieren eine Veranstaltung

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" in Bochum druckte ihn ab, den Aufruf „Gegen Reaktion und Faschismus" (RM5/79), der von vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden ist. Doch der Aufruf blieb nicht auf dem Papier. Mehrere Initiativen setzten sich zusammen, um zu beraten, wie man zur Verwirklichung seiner Ziele praktisch tätig werden kann. Über die Ziele selbst - den Kampf gegen Neofaschismus, Berufsverbote, Aussperrung und das Todesschußgesetz - war man sich schnell einig gewesen.

Einhellige Zustimmung fand auch die Idee, den 8. Mai zu nutzen, um durch eine Veranstaltung die Ziele des Aufrufs zu verbreiten. Ein Vorbereitungskomitee wurde gewählt, das die Sache in die Hand nahm, und bald stand das Programm fest. Durch Plakate und Flugblätter wurde im Bochumer Bereich für diese Veranstaltung geworben.

Aber es gab auch Schwierigkeiten, die unterstreichen, wie notwendig eine solche Veranstaltung ist: Auf der Suche nach einem geeigneten Raum für die Veranstaltung kamen die Initiatoren zum „Humboldt-Eck" in Bochum. Es war bereits alles abgemacht, da fragte der Wirt noch, ob die Veranstaltung einen solchen Charakter hätte, daß er sie beim 14. Kommissariat (Politische Polizei!) anmelden müsse. Die Veranstalter überließen die Entscheidung dem Wirt. Der Wirt wollte nun beim K 14 nachfragen und sich wieder melden. Er ließ nie wieder von sich hören!

Natürlich wurde die Schwierigkeit überwunden. Auch stellten sich H. Simon, Betriebsrat von Hoesch-Dortmund, Rechtsanwalt Flint aus Dortmund sowie ein Mitglied des Stadtverbandsvorstands der GEW, Bochum, als Redner zu den Themen „Aussperrung", „Todesschußgesetz" und „Berufsverbote" zur Verfügung. Auch die Gruppe „Pfffermühle" aus Bochum und das „Kabarett K." aus Mülheim konnten für das Kulturprogramm gewonnen werden.

Zum Redaktionsschluß hatte die Veranstaltung noch nicht stattgefunden. Wir hoffen, im nächsten Roten Morgen darüber berichten zu können.

## Gewerkschafter gegen Neofaschismus

**Delegierte verschiedener Gewerkschaftstagungen fordern vom DGB das aktive Eintreten gegen die neofaschistischen Tendenzen in der Bundesrepublik.**

So verlangte die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) der Bezirksverwaltung Main-Taunus, daß der DGB alles in seiner Macht Stehende tun solle, um das für den 17. Juni geplante „Deutschlandtreffen" der NPD in Frankfurt zu verhindern. „Der DGB soll nichts unversucht lassen, um die immer stärker werdenden Nazi-Aktivitäten speziell in unserer Stadt zu unterbinden", fordern die Gewerkschafter.

Mehrere gewerkschaftliche Diskussionsveranstaltungen mit dem Ziel, „die Grundlage für eine gewerkschaftliche Initiative gegen alle Formen des Neonazismus, Rassismus und der Ausländerhetze zu schaffen", hält die Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier des Bezirks Frankfurt am Main für notwendig. In einer Entschließung gegen Neonazismus heißt es:

„Faschismus, Rassismus und Chauvinismus waren und sind Todfeinde der Gewerkschaftsbewegung, deshalb ist der entschiedenste Kampf dagegen gerade in Deutschland eine unbedingte Verpflichtung für jeden Gewerkschafter (. . .) Es ist darum die besondere Aufgabe der organisierten Arbeiterbewegung, die ihr niemand abnimmt, durch Wort und solidarische Tat den Übeln des Faschismus, Rassismus und Chauvinismus offensiv entgegenzutreten, wo immer sie sich breitzumachen versuchen."

Auch die Vertreter von 72 000 organisierten Bauarbeitern erklärten sich unmißverständlich gegen faschistische Tendenzen: Der 11. Landesverbandstag der IG Bau, Steine Erden Westfalen sprach sich in Dortmund gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen aus.

Diese Welle gewerkschaftlicher Proteste gegen die faschistische Tendenz in unserer Gesellschaft reißt nicht ab. Sie beweist, daß — wie auch schon im Kampf gegen den Hitler-Faschismus - gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eine entschiedene antifaschistische Kraft darstellen.

## Gegen die Harting-Bande!

Zu einer Kundgebung gegen das „Gut Barenbräucker" in Kamen, das Landeszentrum der „Jungen Nationaldemokraten" NRW, haben über zwanzig antifaschistische Organisationen aufgerufen.

Die Kundgebung der Antifaschisten findet am 12. Mai um 11 Uhr auf dem Neumarkt in Kamen statt. An der Kundgebung nimmt der bekannte Schriftsteller Erich Fried teil. An die Kundgebung schließt sich eine Demonstration an.

## Berufsverbot gegen Krankenschwester

Seit über einem Monat hat die 34jährige Krankenschwester Barbara Wille Arbeitsverbot an ihrer Arbeitsstelle an den Göttinger Universitätskliniken. Gegen sie wird das Berufsverbot betrieben, weil sie Mitglied der DKP und aktive Vertrauensfrau in der ÖTV ist. Während es an den Göttinger Kliniken 130 offene Stellen gibt, wird eine qualifizierte Krankenschwester aus politischen Gründen entlassen!

Eine außerordentliche Personalversammlung der Klinik beschloß einstimmig eine Protestresolution, in der die sofortige Wiedereinstellung verlangt wird. Innerhalb von zwei Tagen wurde diese Resolution von 500 Menschen unterschrieben. Der Forderung nach Weiterbeschäftigung schloß sich auch die Kreisverwaltung Göttingen der Gewerkschaft ÖTV an.

# Strafverteidiger fordern die Abschaffung der Paragraphen 88 a und 90 a

**Über 400 Rechtsanwälte aus dem Bundesgebiet und Westberlin versammelten sich auf dem dritten Strafverteidigertag vom 27. bis 29. April 1979 in Berlin.**

Eingeladen hatten Strafverteidiger-Vereinigungen aus Hamburg, Niedersachsen und Westberlin mit dem Ziel, den fortschreitenden Eingriffen des Staates besonders auf dem Gebiet des politischen Strafrechts wirksamer als bisher entgegenzutreten. Ein Erfolg wurde diese Tagung nicht nur wegen der breiten Resonanz, die selbst vor Richtern und Staatsanwälten nicht haltmachte. Auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen führte zu Ergebnissen, die auf die Praxis der politischen Strafjustiz in Zukunft nicht ohne Wirkung bleiben werden.

In dem Einleitungsreferat von Professor Gerald Grünwald aus Bonn zu dem Thema „Meinungsfreiheit und Strafrecht" wurde grundsätzlich die Praxis der Strafjustiz in Frage gestellt, politische Meinungsäußerung, insbesondere über diesen Staat selbst, mit strafrechtlichen Mitteln zu verfolgen. Die Arbeitsgruppe zu diesem Thema kam daher zu dem Ergebnis, daß es vordringliche Maßnahme ist, die Paragraphen 88a („Verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt") und 90a („Verunglimpfung des Staates") abzuschaffen sind.

In der Abschlußerklärung heißt es unter anderem hierzu: „Die Freiheit der politischen Auseinandersetzung, die Kritik an den Verhältnissen in Staat und Gesellschaft und die Kontrolle der Staatsgewalt werden durch eine Vielzahl von Strafvorschriften behindert. Diese Tatbestände (...) sind zudem in hohem Maße unbestimmt, ihre Anwendbarkeit nicht mehr berechenbar. Sie belasten die Wahrnehmung des Grundrechts der Meinungsfreiheit mit dem Risiko der Strafverfolgung und nötigen zur Selbstzensur."

Nachdem Rechtsanwälte, besonders die, die auch in politischen Prozessen verteidigen, in letzter Zeit massiv und zunehmend mit Straf- und Ehrengerichtsverfahren überzogen werden, fand auch der Programmpunkt „Ehrengerichtsverfahren — Fessel des Strafverteidigers" ein lebhaftes Echo. Die Auswertung des vorgelegten Materials, exemplarisch belegt im Rahmen einer „Betroffenen-Anhörung", zeigte, daß inzwischen fast jedes Verhalten von Strafverteidigern verfolgt werden kann, wenn es dem Strafverfolgungsinteresse der Staatsorgane entgegensteht. Vom Auftreten in der Hauptverhandlung in einem Strafverfahren über die Informierung der Presse und Öffentlichkeit bis hin zur literarischen und politischen Betätigung gibt es in allen denkbaren Bereichen Straf- und Ehrengerichtsverfahren gegen Strafverteidiger. Eine offensichtlich neuere Tendenz, die erst nach 1970 einsetzte. So konnte zum Beispiel der jetzige Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Posser, in einem politischen Prozeß 1959/60 als damaliger Verteidiger ohne irgendwelche Nachteile für sein weiteres berufliches Fortkommen dem Gericht zurufen, er fände es ehrlicher, wenn das Gericht die Angeklagten durch Verwaltungsakt in ein Konzentrationslager einweisen würde, anstatt die Verteidiger als rechtsstaatliches Dekor zu mißbrauchen.

Den Höhepunkt der Tagung bildete der Vortrag von Rechtsanwalt Uwe Maeffert aus Hamburg über das Verhältnis von „Justiz und Polizei" in politischen Strafprozessen. Anhand des großen Hamburger Antifaschistenprozesses, der nach seinem ersten Scheitern im November 1978 vor der Neuauflage steht, entlarvte er die Praktiken der sogenannten Zeugenbetreuer der Polizei, inzwischen auch als „Zeugenvater" bekannt. Er wies nach, daß besonders in Prozessen, die in irgendeiner Form einen politischen Hintergrund haben", die Polizeizeugen, meist die einzigen Zeugen der Anklage, präpariert wurden, wie durch den Polizeihauptkommissar Stöhlmacher im Hamburger Antifaschistenprozeß. Ein Beispiel aus einer Verhandlungsmitschrift: Polizeizeuge: „Mir wurde gesagt, daß ich von mehreren Verteidigern befragt werden würde. Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich das Recht habe, nach längerer Befragung eine Pause zu fordern, weil (!) ich mich nicht mehr wohl fühle."

Polizeizeuge: „Herr Stöhlmacher hat mir gesagt, was ich sagen darf".

Die meisten Beiträge und Stellungnahmen, besonders der von Rechtsanwalt Maeffert, waren getragen von der alltäglichen Praxis vor den bundesdeutschen Strafgerichten, so daß es einigen wenigen Zweiflern schwerfiel, den Anschauungsunterricht über die gegenwärtigen Zustände dieses Staates auf dem Gebiet der Strafjustiz mehr als hohle Phrasen entgegenzusetzen. Richter, Staatsanwälte und Polizeizeugen werden sich in bevorstehenden politischen Prozessen mit den Ergebnissen dieser Tagung auseinandersetzen müssen!

## Zwei Urteile

Die Arzthelferin Christine Kuby, Angehörige der RAF, ist vom Strafsenat des Hamburger Oberlandesgerichts wegen „heimtückischen Mordversuchs" an zwei Polizeibeamten zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der Tatbestand, der ihr zur Last gelegt wurde, ist, daß sie einer polizeilichen Überprüfung zu entkommen versucht hatte, indem sie einen Polizisten durch Schüsse schwer verletzte. Der Strafsenat behauptete kurzerhand, die Straftat sei „aus niedrigen Beweggründen" geschehen, und begründete so das ungewöhnlich harte Urteil!

Ein anderer, der ebenfalls wegen versuchten Mordes an zwei Personen angeklagt worden war, wurde jetzt von der Schwurgerichtskammer des Stuttgartes Landgerichts freigesprochen! Es handelt sich um den ehemaligen SS-Mann Richard Pal, der 1943 in Kopyczynce (Polen) ein 16-jähriges Kind und eine ältere Jüdin erschossen hat. Jetzt soll Pal sogar eine Haftentschädigung für mehrjährige Untersuchungshaft erhalten!

Westdeutsche Justiz 1979!

# Die Polizei sah seelenruhig zu

**Volkskorrespondenz aus Bremen**

In Oldenburg fand am 27. und 28. 4. der Landesparteitag der NPD statt. Vorher hatte es breite Proteste gegenüber der Stadtverwaltung von Oldenburg gegeben. Auch der DGB forderte das Verbot des Faschistenparteitags. Aber die Stadtverwaltung erlaubte schließlich den Parteitag und überließ den Nazis die entsprechenden Räumlichkeiten.

Am Sonnabend versammelten sich ca. 300 Antifaschisten auf dem Julius-Moslen-Platz in Oldenburg, um eine Kundgebung der Nazis auf diesem Platz zu verhindern. Sie veranstalteten einen Sitzstreik. Leider gelang es der massiv auftretenden Polizei, einen Teil des Platzes zu räumen, so daß die Faschisten ihre Kundgebungstribüne hinter einer starken Polizeikette aufbauen und zwei Stunden ihre Hetze verbreiten konnten.

Der größte Teil der Reden war allerdings nicht zu verstehen, da es den Antifaschisten mit Trillerpfeifen, Nebelhörnern, Posaunen und Parolen gelang, die Lautsprecher zu übertönen. Dazu wurden in immer neuen Wellen massenhaft Eier gegen den Faschistenstand geworfen, wovon etwa 200 auf den Plastikschirm, hinter den sich die Hitler- und Goebbels-Jünger verkriechen mußten, sowie auf die sonstige Anlage klatschten und eine große Anzahl direkt ihr Ziel, die Visagen der Faschisten, erreichte!

Die Polizei blieb „passiv" — auch als es einigen Nazis in einem günstigen Augenblick gelang, einen Antifaschisten zu krallen und ihn der Polizei auszuliefern. Selbst bei der damit verbundenen Prügelei zwischen den Faschistenschlägern und einigen Antifaschisten, die versuchten, den Genossen zu befreien, sah die Polizei seelenruhig zu und — notierte selbstverständlich nur die Personalien des Antifaschisten, der ihr von den Nazis „überstellt" wurde, während sie sich für die Naziscchläger überhaupt nicht interessierte.

Wie groß die Abneigung der Bevölkerung gegen die Neonazis ist, wurde daran deutlich, daß es der Initiative gegen Reaktion und Faschismus bei dieser antifaschistischen Aktion gelang, innerhalb kurzer Zeit 1000 Flugblätter zu verteilen und einige neue Kontakte zu knüpfen.



*Aktion der Antifaschisten gegen den NPD-Parteitag in Oldenburg.*

# „Maikundgebung zum Tag der Arbeit, 30. 4. 79 . . ."

**Brief der „Antifaschistischen Aktionseinheit" Darmstadt**

Liebe Genossen!

Am 30. April 79 protestierten in Darmstadt auf dem Marktplatz etwa 400 Antifaschisten gegen die Durchführung einer NPD-Kundgebung. Hier kurz wie es dazu kam und was sich da abspielte:

Mitte letzter Woche tauchten in Darmstadt überall Plakattafeln auf mit folgendem Text:

„Mai-Kundgebung zum Tag der Arbeit, 30. 4. 79 ..."

Alle rätselten herum, wer da wohl dahinterstecken könnte, denn wer macht schon eine Mai-Kundgebung am Tag vor dem 1. Mai? Und dann — was soll hier „Tag der Arbeit"?

Sofort kam der Verdacht auf: Das ist bestimmt die NPD! Am Freitag wurde der Sache nachgegangen. Wir sammelten einige der Plakattafeln ein und lösten die obere Plakatschicht ab. Zum Vorschein kamen da tatsächlich lauter NPD-Plakate. Bestätigt wurde unsere Vermutung zusätzlich von einem Antifaschisten, der bei der Polizei angerufen hatte und sich einfach nach dem Verantwortlichen für die angekündigte Kundgebung erkundigt hatte.

Da wir, die Antifaschistische Aktionseinheit, am Freitagabend in einem Jugendzentrum eine Filmveranstaltung („Rat der Götter") hatten, nahmen wir die Gelegenheit wahr, um diese ungeheure Provokation der Nazis bekanntzumachen und zu einer Gegenaktion aufzurufen. Noch am gleichen Abend wurden kleine Plakate entworfen, mit welchen die Nazi-Plakate überklebt werden sollten: „Verhindert die Nazi-Kundgebung!!"

Am nächsten Tag informierten wir alles, was irgendwie antifaschistisch ist: den Stadtjugendring, den Antifaschistischen Arbeitskreis der FH usw. Erfreulicherweise kam auch tatsächlich ein ziemlich breites Bündnis zustande:

Am 30. stellten wir eine Stunde vor Beginn der Kundgebung einen Info-Stand gegen Verjährung (den hatten wir sowieso) in der Nähe des Kundgebungsplatzes auf und versammelten so etwa 80 Antifaschisten. Mit Stand und einem Transparent des Stadtjugendringes zogen wir dann geschlossen zum Marktplatz. Dort sammelten sich dann schnell noch mehr Antifaschisten, die in die Parole einstimmten: Nazis raus!

Als immer mehr kamen und auch einige Eier und Farbbeutel flogen, rückte die Polizei mit einiger Verstärkung nach und fuhr einen Wasserwerfer etwas näher. Sie griff aber nicht ein, denn in Darmstadt versuchen sie immer gerne, ein friedliches Deckmäntelchen zu wahren. Jedenfalls machten die Antifaschisten durch Parolenrufen und Pfeifen einen solchen Lärm, daß von den Nazis nichts zu verstehen war.

Anschließend machten wir über Megafon in einer Kurzkundgebung nochmal darauf aufmerksam, welch ungeheure Provokation es ist, daß die NPD zu dieser Maikundgebung aufgerufen hat: Angesichts der Tatsache, daß '33 am Tag nach dem 1. Mai von den Faschisten die Gewerkschaftshäuser besetzt wurden und Funktionäre verhaftet wurden.

Insgesamt war dies also schon ein Erfolg der Antifaschisten, denn wenn wir auch die Kundgebung nicht verhindern konnten, so konnten wir doch verhindern, daß man etwas davon verstand!

Außerdem haben wir vermutlich wieder einmal einiges etwas klarer sehen gelernt, was die Aufgabe der Polizei betrifft: Solange alles ruhig ist, sind sie nicht zu sehen (lediglich in paar standen hinter dem Absperrgitter vor der Rednertribüne). Sobald aber ein paar Eier fliegen, kommen sie aus allen Ecken, wo sie sich vorher in Bereitschaft gehalten hatten, um sofort die Nazis zu schützen!

Mit revolutionären Grüßen,
Antifaschistische Aktionseinheit Darmstadt

# Eltern gegen Pharmaindustrie

**Volkskorrespondenz aus Duisburg**

Es liegt nun schon fast 20 Jahre zurück, als in den Jahren 1959 bis 1962 Tausende von Kindern mit Mißbildungen, ohne Arme, Beine, Finger oder Zehen zur Welt kamen. „Thalidomid-Epidemie" taufte man dieses sprunghafte Auftreten von Mißbildungen im Ärztejargon.

Als Contergan-Kinder werden sie bezeichnet, die Opfer eines der größten Verbrechen der Pharma-Industrie. Die Verantwortlichen kamen ungeschoren davon, gedeckt durch einen Staat, der 20 Jahre danach es zuläßt, daß ein anderes Pharmaprodukt, nämlich Duogynon, in anderen Ländern längst verboten wegen der Gefahr von Mißbildungen, weiterhin verschrieben werden darf, in Zukunft unter dem Namen Cumorit.

Wie rechtlos und auf sich gestellt Eltern dastehen, deren Kinder mit Mißbildungen zur Welt kommen, erfuhren mein Mann und ich nun am eigenen Leib. Unserem Sohn fehlen beide Daumen, ein Zeh ist zuviel.

Natürlich war unser erster Gedanke: „Woher kommt das?" Denn an das Märchen vom Zufall, vom Gottgewollten konnten wir nicht glauben. Alle unsere bisherigen Erfahrungen haben uns zu der Überzeugung gebracht, daß in unserem Land die wahren Ursachen für solche Entwicklung vertuscht werden, die Eltern mit billigen Erklärungen abgetan werden.

So war die erste Frage der Ärzte, eine Stunde nach der Geburt, an meinen Mann: „Hat Ihre Frau Medikamente während der Schwangerschaft genommen?" — Allerdings hatte sie das: In der Frühschwangerschaft bekam sie GESTANON (von Organon) zur Hormontherapie. Einige Tage später meinte der Chef der Kinderklinik: Von Tabletten könnten solche Mißbildungen nicht kommen, unser Sohn habe ein einmaliges Syndrom (Krankheitsbild), es sei Zufall, eine Spontanmutation. Weshalb dann die Frage nach Medikamenten?

Weiterhin erklärte man sich bereit, eine Chromosomenanalyse zu machen. Das Ergebnis ergab aber nichts Auffälliges, eine Erbkrankheit liegt nicht vor.

Auf unsere Frage, was man machen könnte, um die Hände zu operieren, erklärte uns schließlich ein Kinderarzt der Klinik: „Sie können ja später, wenn Ihr Sohn 10 Jahre alt ist, eine Daumenoperation machen lassen." — Nur durch den glücklichen Umstand, einen befreundeten Arzt zu haben, erfuhren wir, daß es zum Beispiel in Hamburg für solche „einmaligen Fälle" einen Spezialisten gibt, der Operationen zur Behebung solcher Mißbildungen durchführt. Und zwar hat er schon Hunderte von solchen „Zufällen" operiert, die ja in den Jahren 1959 bis 1962 verstärkt auftraten.

Der hochbezahlte Chefarzt des größten Duisburger Krankenhauses wußte davon jedoch nichts. Doch wir forschten weiter, vor allem, weil wir wissen, daß zum Beispiel Frauen duogynongeschädigter Kinder erst Jahre später von der Ursache erfahren und sich kennenlernten.

Ich rief deshalb beim Gesundheitsamt an und fragte, ob es Statistiken über Mißbildungen gäbe, vor allem im Zusammenhang mit Medikamenteneinnahme während der Schwangerschaft. Man erklärte uns hierbei, es gäbe über Mißbildungen keine Meldepflicht. Diese bestehe nur bei Todesfällen(!).

Darauf verwies man uns auf das Amt für Jugendhilfe. Hier erklärte man, daß man leider zuwenig über solche Fälle wisse, da die betroffenen Eltern sich nicht melden würden. Auch Ärzte konnte man nicht empfehlen, die sich damit beschäftigen würden. Dabei ist es doch allzu verständlich, daß Eltern, denen man erklärt, die Mißbildung sei auf einen Zufall, auf einen Chromosomenschaden zurückzuführen, oft der Sache nicht mehr nachgehen, weil sie in erster Linie ja auch erst mal dafür sorgen, ihrem Kind weiterzuhelfen.

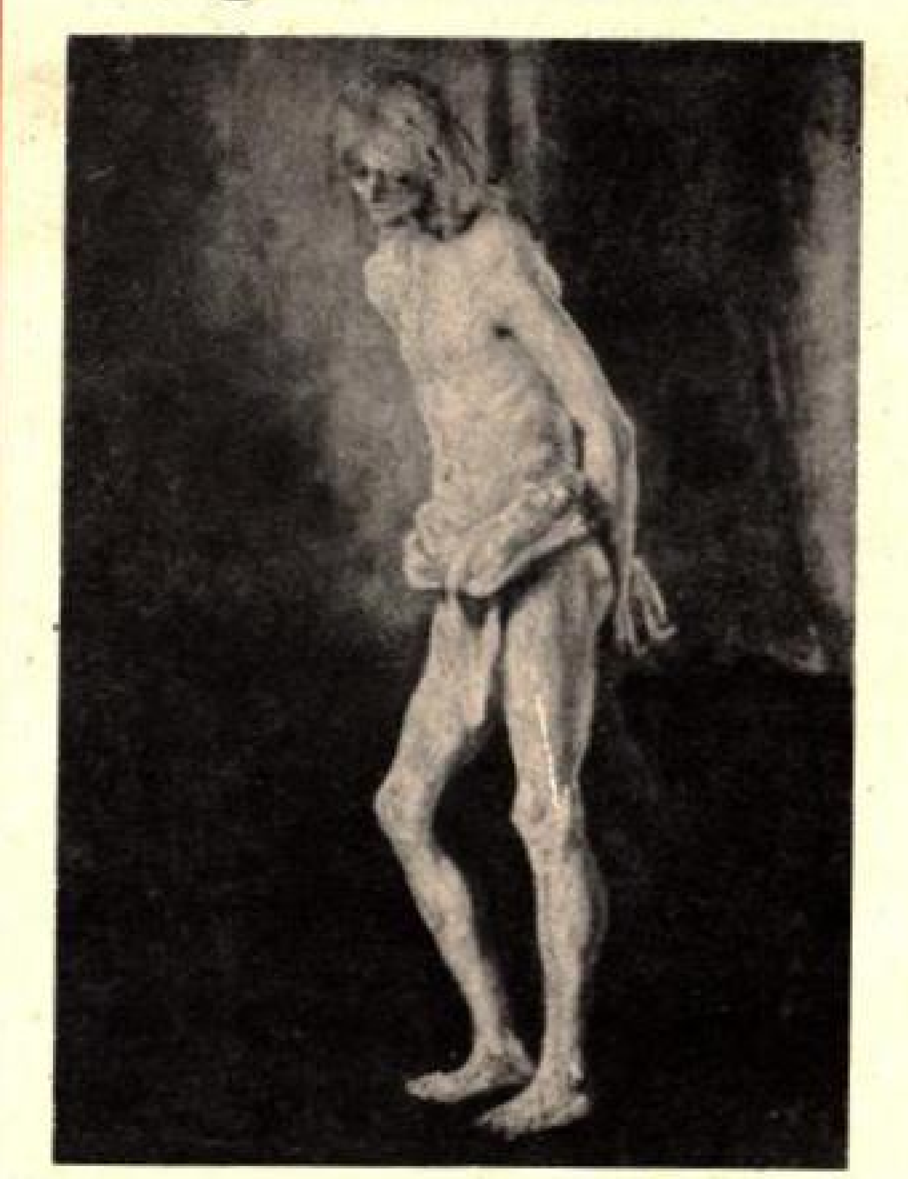
Mittlerweile bekamen wir Kontakt zu einem anderen Elternpaar, deren Kind auch Mißbildungen hatte. Auch ihnen hatte man erklärt, dies sei erblich, obwohl nicht einmal eine Chromosomenuntersuchung gemacht worden war. Wir haben daraufhin (das Kind hat eine Syndaktylie, das heißt Fehlen der Finger) einmal in einem Lexikon nachgeschlagen und dort stand, daß solche Mißbildungen durch exogene (äußere) Einflüsse wie Sauerstoffmangel und Pharmaka während des 29. bis 46. Schwangerschaftstages entstehen.

Wir werden jetzt versuchen, auch Kontakt zu weiteren Eltern zu bekommen, um mehr über solche Fälle zu erfahren. Denn eines ist klar: Solange es nicht einmal eine Meldepflicht und Statistiken über solche Fälle gibt, solange werden sich ähnliche Verbrechen wie Contergan wiederholen. Selbst wenn wir einräumen, daß in unserem Fall kein Medikamentenschaden vorliegt, muß eine Kontrolle und eine genaue Statistik hierüber gefordert werden.

Wir würden uns freuen, wenn andere Eltern und Initiativen, die sich hierfür einsetzen, sich an uns wenden würden. **Unsere Kontaktadresse: Bücherstube, Allestraße 49, 41 Duisburg 11, Telefon: 02 03/55 06 23**

## Leserbriefe

### Ungeahnte Reaktion



Unseren Fehler im „Roten Morgen" 17/79, ein „Roten Morgen" versehentlich in einem Halbjahresabonnement weiterhin zu 15 DM verkaufen zu wollen, haben wir bereits in der letzten Ausgabe korrigiert. Unsere Befürchtung, daß Besteller des „Roten Morgen" jetzt nur noch von dem „günstigen" Halbjahresabonnement Gebrauch machen würden, haben sich übrigens nicht bestätigt. Vielmehr reagierten wohl alle Leser wie jene Genossen, die uns folgende Ansichtskarte schrieben:

„Lieber Genosse Finanzrevisor!

Die neue Abo-Regelung finde ich toll. Endlich mal was anderes, als diese bürgerlichen Geschäftemacher, die Doppelpackungen angeblich preiswerter verkaufen. Ihr entlarvt diesen Schwindel, indem Ihr ein halbes Jahr Roter Morgen für ein Viertel des Jahrespreises verkauft. Eure Redlichkeit wird leider so enden, wie bei dem umseitigen Burschen - am Hungertuche!

Zwei Genossen aus Westberlin."

## Veranstaltungskalender

„Frau in Albanien" - unter diesem Motto steht eine Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. in Darmstadt. Eine Veranstaltung mit Diskussion über: Emanzipation der Frau in Familie, Produktion und Politik.

Ort: Restaurant Rimini, Darmstadt, Alexanderstr. 29

Zeit: 10. Mai 1979, 19 Uhr

**Vor 30 Jahren, am 8. Mai 1949, verabschiedete der sogenannte Parlamentarische Rat der drei westlichen Besatzungszonen in Deutschland ein „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland". Dieses Grundgesetz wurde am 23. Mai von den drei westlichen Militärgouverneuren genehmigt und erlangte damit Gesetzeskraft. Die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen Teil war damit besiegelt. Damals wurden die Weichen gestellt für eine Entwicklung, die das deutsche Volk heute wie damals unheildrohend belastet. In einer Artikelserie wird der „Rote Morgen" sich in den folgenden Nummern mit der Gründung des westdeutschen Separatstaats befassen. Wir beginnen mit einer zweiteiligen Folge über die Ursachen und Hintergründe der Spaltung Deutschlands.**

### 30 Jahre Bundesrepublik

# So wurde Deutschland gespalten

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Hitler-Wehrmacht bedingungslos. Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, die Armeen der Sowjetunion, der USA, Frankreichs, Englands, die den Faschismus niedergeschlagen hatten, übernahmen die Kontrolle über das zerstörte, zertrümmerte, ausgeblutete Land. War das Ausmaß des Elends und der Not Deutschlands ungeheuer, so war doch der deutsche Faschismus niedergeworfen. Deutschland war zwar auf dem Tiefpunkt seiner Geschichte angelangt, gleichzeitig aber hatte die Stunde seiner Befreiung vom Joch der Hitler-Diktatur geschlagen.

Unter dem Regime der Anti-Hitler-Armeen hoffte das deutsche Volk, einen neuen Anfang machen zu können. Antifaschisten und Kommunisten, die während der Nazi-Diktatur Widerstand geleistet und die Ehre des deutschen Volkes hochgehalten hatten, stellten sich nun in allen Besatzungszonen an die Spitze des Wiederaufbaus, des Kampfes um die Organisierung des Lebensnotwendigsten, um Linderung der größten Not.

## Das Potsdamer Abkommen

Vom 17. Juli bis 2. August tagten die Führer der drei Großmächte UdSSR, USA und England — Stalin, Truman, Churchill bzw. Attlee — in Berlin und schufen mit dem Potsdamer Abkommen die völkerrechtliche Grundlage für eine antifaschistische und demokratische Neugestaltung Deutschlands. Das Abkommen sah unter anderem die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Bestrafung und Ausschaltung der Kriegs- und Nazi-Verbrecher, die Umgestaltung Deutschlands auf demokratischer Grundlage, die Dezentralisierung und Vernichtung der Wirtschaftskonzentration — der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen — vor. Von großer Bedeutung für das deutsche Volk war der im Potsdamer Abkommen enthaltene Grundsatz der Behandlung Deutschlands als Einheit. Dies wurde vor allem durch die Verpflichtung unterstrichen, bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung verschiedene zentrale gesamtdeutsche Verwaltungsorgane zu bestellen.

Das Potsdamer Abkommen war in seinen wichtigsten Bestimmungen ein Ergebnis der Friedenspolitik der Sowjetunion Stalins und des Drucks der friedliebenden Völker auf die imperialistischen Regierungen der USA und Englands, die den Vertrag mitunterzeichneten. Im Potsdamer Abkommen war im besonderen auch der sowjetische Standpunkt, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands zu wahren, durchgesetzt. Bereits während des antifaschistischen Weltkrieges war die sowjetische Regierung allen Plänen der imperialistischen Partner der Anti-Hitler-Koalition, Deutschland zu zerstückeln, energisch entgegengetreten. Am 9. Mai, einen Tag nach der Kapitulation der Faschisten, hatte Stalin diese Politik noch einmal bekräftigt: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten."

Das Potsdamer Abkommen war der einzige und grundlegende, von allen Siegermächten anerkannte internationale Vertrag, der dem deutschen Volk einen Rechtsanspruch auf seine Einheit gab; er erwies sich in den folgenden Jahren als eine wichtige Waffe im Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Erhaltung des Friedens.

Nachdem der zweite Weltkrieg beendet war, traten die Widersprüche unter den Mächten der Anti-Hitler-Koalition immer schärfer hervor. Den imperialistischen Besatzungsmächten USA, England, Frankreich waren die antifaschistischen, antimonopolistischen, antimilitaristischen und die Einheit Deutschlands bekräftigenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zunehmend im Wege.

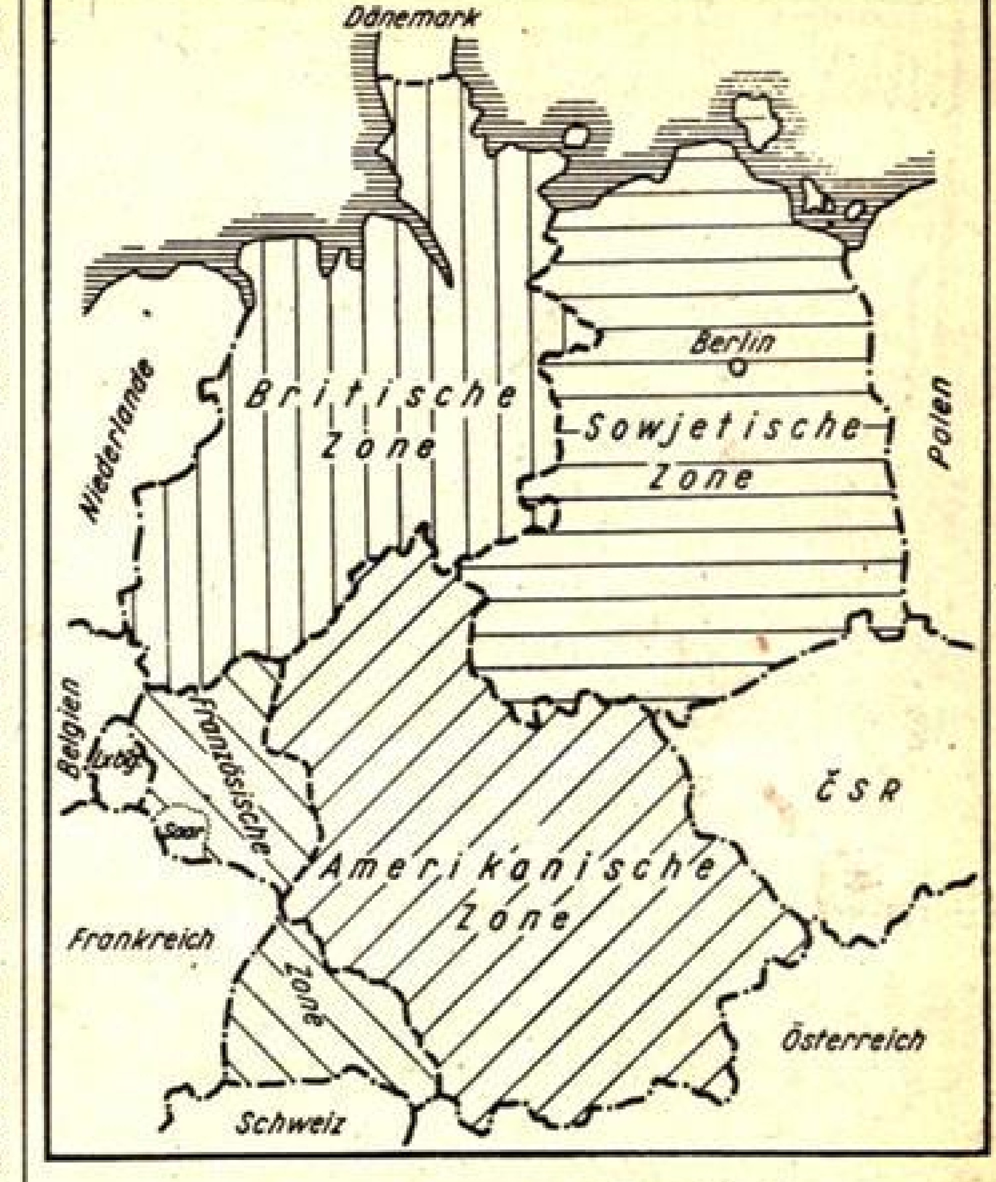
## Spalterpläne

Bereits im Dezember 1945 schrieb die halbamtliche französische Presseagentur „Agence France Presse" in ihrem Informationsbulletin, daß das „zu lösende Problem" in der Vorbereitung eines Krieges „gegen einen Feind aus dem Osten" bestehe. Sie schrieb: „Es wird daher gut sein, eine *westalliierte* Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der *Reorganisation Westdeutschlands*, kann auch dieses *in das System einbezogen* werden." Und der Bevollmächtigte der US-Regierung zur Entflechtung der deutschen Trusts und Konzerne, Russell A. Nixon, äußerte Ende 1945 den Verdacht, „daß gewisse Elemente im State Department [US-Außenministerium], im Foreign Office [britisches Außenministerium] und im französischen Außenministerium darauf ausgehen, einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu schaffen."

1945 also schon reiften unter den westlichen imperialistischen Besatzungsmächten die Pläne, Deutschland entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu spalten und seine westliche Hälfte in das westliche imperialistische System einzubeziehen und zu einem Aufmarschgebiet gegen die sozialistische Sowjetunion und das entstehende sozialistische Lager zu machen. Die treibende Kraft waren dabei die USA, die nach dem Weltkrieg zur stärksten imperialistischen Macht geworden waren und die nun nach Weltherrschaft strebten, wobei in ihren Weltherrschaftsplänen Westeuropa und besonders Deutschland eine entscheidende Rolle spielten. Damals, unmittelbar nach Beendigung des Weltkriegs, gab es allerdings eine Reihe von Faktoren, die eine rasche und offene Verwirklichung der Pläne der imperialistischen Westmächte zunächst verhinderten: Das war das große internationale Ansehen und Gewicht der Sowjetunion Stalins, die die Hauptlast des antifaschistischen Krieges getragen hatte; das waren die Friedensbestrebungen der Völker, die Friedens- und Einheitsbestrebungen auch des deutschen Volkes, gegen die die Imperialisten noch nicht so ohne weiteres einzuschreiten vermochten; das war schließlich eine Anzahl ehrlicher Demokraten, die noch in den westlichen Militärverwaltungen saßen und die für die Prinzipien der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Großmächten und der Vertragstreue eintraten. In dem Maße aber, wie es den westlichen Imperialisten gelang, das Gift des Antikommunismus und des Antisowjetismus zu verbreiten, die Demokraten aus den Militärverwaltungen hinauszusäubern und die Durchführung der demokratischen und antifaschistischen Umgestaltungen in den Westzonen zu sabotieren — in dem Maße konnten sie auch mit ihrer Spaltungspolitik immer offener hervortreten.


Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August. Das Potsdamer Abkommen war der einzige und grundlegende internationale Vertrag, der dem deutschen Volk einen Rechtsanspruch auf seine Einheit gab.

Es ist bezeichnend, daß die Spalterpolitik der westlichen Alliierten nur auf der Grundlage der Unterdrückung demokratischer und antifaschistischer Bestrebungen in den Westzonen möglich wurde. Das Verbot und die Behinderung freier gewerkschaftlicher Betätigung, die Unterdrückung antifaschistischer Organisationen und Parteien — vor allem der KPD — das Verbot und die Unterdrückung von Versammlungen, Volksbefragungen, Volksentscheiden, die Entfernung bewährter Antifaschisten und Widerstandskämpfer aus verantwortlichen Positionen des Wiederaufbaus, die Sabotage der Entnazifizierung, die Aufnahme von Faschisten und Militaristen in verantwortliche Stellen, die Sabotage der Entflechtung der Monopole, die Aufpäppelung des abgewirtschafteten deutschen Imperialismus — dies alles waren gleichzeitig Schritte zur Spaltung Deutschlands. Die Vorbedingung der Existenz der später gegründeten deutschen Bundesrepublik, dieses angeblich freiesten Staates auf deutschem Boden, war in Wirklichkeit die Unterdrückung der Demokratie in den Westzonen.



Die vier Besatzungszonen in Deutschland.


So war der Anfang. Deutschland war auf dem Tiefpunkt seiner Geschichte angelangt, gleichzeitig aber hatte die Stunde seiner Befreiung vom Joch der Hitler-Diktatur geschlagen.

## Sabotage mit verteilten Rollen

Ein wesentlicher Hebel zur Spaltung Deutschlands war für die westlichen Großmächte die planmäßige und systematische Sabotage der Arbeit in den zentralen Organen der Alliierten für Deutschland. Sie bedienten sich dabei der Methode der Sabotage mit verteilten Rollen. Die Rolle des Vorreiters übernahm dabei besonders häufig die französische Regierung, die das Potsdamer Abkommen formell nicht unterzeichnet hatte.

Das Zentrale Verwaltungsorgan für die vier Besatzungszonen war der Alliierte Kontrollrat, der seinen Sitz in Berlin hatte; sein Funktionieren bzw. Nichtfunktionieren bestimmte in starkem Maße das weitere Schicksal Deutschlands. Vor allem die französischen Vertreter machten im Auftrag oder mit Billigung der beiden anderen am Komplott beteiligten Partner die notwendigen Viermächtevereinbarungen durch ein Veto im zentralen Alliierten Kontrollrat unmöglich. So widersetzten sie sich dem freien Interzonenhandel und der wirtschaftlichen Zusammenfassung der vier Besatzungszonen, der Zulassung von Gewerkschaften und politischer Parteien auf nationaler Basis. Sie widersetzten sich sogar der Einführung von gesamtdeutschen einheitlichen Briefmarken, indem sie dies als unvereinbar mit dem nationalen Sicherheitsbedürfnis Frankreichs bezeichneten. Gleichzeitig aber akzeptierten sie die Restauration des Imperialismus in den Westzonen, die faktische Rehabilitation von Faschisten und Militaristen, und schließlich auch die Remilitarisierung Westdeutschlands!

Die französische Militärregierung konnte ihre Obstruktionspolitik im Alliierten Kontrollrat nur deshalb betreiben, weil diese Politik auf der Linie der Politik der USA, der führenden imperialistischen Macht, lag. Der Journalist W. G. Burchett schreibt in seinem 1951 erschienen Buch „Der kalte Krieg in Deutschland" darüber: „Die Amerikaner duldeten unabhängige Gedankengänge nur so lange, wie sie ihnen in den Kram paßten — und nicht länger. Die Franzosen durften gegen die Errichtung einer zentralen Regierung in Deutschland Einspruch erheben, solange dies den Amerikanern die Unannehmlichkeit ersparte, die in Potsdam getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Sie begrüßten den französischen Widerstand gegen die sowjetischen Vorschläge zur Einigung Deutschlands, solange dadurch der Gegensatz zwischen Ost und West vertieft wurde. Nachdem jedoch die Spaltung vollzogen war, mußten die Franzosen ihre Einwände zurückziehen. (. . .) Dasselbe gilt für die britischen Pläne. (. . .) Auch sie wurden geduldet, solange sie nicht mit den Interessen der Amerikaner in Konflikt gerieten. Doch dann wurden sie schleunigst ad acta gelegt . . ."

Auf den Außenministerkonferenzen in Paris (1946 und 1949), Moskau (1947) und London (1947), auf denen die Probleme des besetzten Deutschlands geregelt werden sollten, trat die Sowjetunion konsequent gegen die Spalterpolitik der Westmächte auf. Sie forderte die Einhaltung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und die Wahrung bzw. die Wiederherstellung der Viermächtekontrolle über Deutschland; sie forderte die Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland und die Errichtung einer gesamtdeutschen Zentralregierung. Zu allen Punkten unterbreitete sie konkrete Vorschläge. Sämtliche Konferenzen wurden jedoch von den Westmächten hintertrieben, behindert oder zum Scheitern gebracht.

Auf einen Friedensvertrag ließen sich die Westmächte deshalb nicht ein, weil er gleichzeitig den Rückzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland bedeutet hätte. Dies widersprach ihren aggressiven militärischen Plänen gegenüber der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie. An einer gesamtdeutschen Regierung waren sie schon deshalb nicht interessiert, weil sie die von ihnen betriebene Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus in den von ihnen kontrollierten Zonen in Frage gestellt hätte.

Mit welcher Haltung die imperialistischen Westmächte, vor allem die USA, an die Außenministerkonferenzen herangingen, zeigt die Meldung eines Korrespondenten der „New York Post" vom 18. Oktober 1947, Wochen vor dem Beginn der Londoner Konferenz: „Eine Reihe Beamter der amerikanischen Militärregierung sagten mir einmütig voraus, daß die Londoner Konferenz in einer Sackgasse enden und daß die westdeutsche Rumpfrepublik daraufhin gegründet werden würde." Und nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz am 20. Dezember 1947 jubelte die „New York Herald Tribune": „Wir sind am Ende der Straße angelangt. Das Zeitalter Jaltas ist vorbei. (. . .) Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen."




*Nach dem Krieg: Die Werktätigen forderten Brot und Arbeit, die USA boten den Marshall-Plan und die Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital (links: Demonstration 1946 in Dortmund, rechts: Demonstration 1948 in München)...*

## Keine Stimme für das Europa der Monopole!

# Wer waren die Väter des vereinten Europa?

**Am 10. Juni werden die Direktwahlen zum Europaparlament abgehalten. Die bürgerlichen einschließlich der revisionistischen Parteien haben die Werktätigen in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft dazu aufgerufen, sich an diesen Wahlen zu beteiligen. Sie alle verteidigen das „vereinte Europa" und behaupten, es nütze der Arbeiterklasse und den Werktätigen der Länder der Europäischen Gemeinschaft. Aber diese Behauptung ist falsch. Die Europäische Gemeinschaft ist — und das gleiche gilt für ihre Vorläufer — ein Block der kapitalistischen Monopole. Sie wurde gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen, gegen die Kräfte des Fortschritts und der Demokratie, gegen den Sozialismus errichtet. Werfen wir, um diese Frage etwas näher zu beleuchten, zunächst einen Blick zurück in die Geschichte, in die Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkrieges.**

Die Wiege der Europäischen Gemeinschaft stand nicht, wie man annehmen sollte, in Europa, sondern in den USA. Am 5. Juni 1947, also fast genau zwei Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, hielt General George Marshall, damals Außenminister der USA, eine Rede vor Studenten der Harvard-Universität.

## Ein Plan wird vorgestellt

Im Namen der amerikanischen Regierung bot Marshall in dieser Rede den Staaten Europas eine langbefristete Wirtschaftshilfe an und forderte sie auf, sich untereinander zu verständigen, um die Höhe ihrer Bedürfnisse festzustellen und die zweckmäßigste Verteilung der in Aussicht gestellten Kredite zu ermitteln. Das klang ganz unvergänglich und wie ein großzügiger Akt der amerikanischen Regierung aus, um die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft der europäischen Länder wieder auf die Beine zu bringen und das Elend und die Not der Werktätigen zu beseitigen. Schon sehr schnell wurde jedoch klar, daß der Marshall-Plan, wie das amerikanische Hilfsprogramm bald genannt wurde, keineswegs uneigennützig aufgestellt worden war. Die Urheber dieses Plans waren schließlich die mächtigsten Gruppen des amerikanischen Finanzkapitals. Die amerikanischen Monopole, die Clans der Rockefeller, Morgan und Mellon, hatten während des Krieges riesige Profite gemacht. In den Jahren von 1940 bis 1945 konnten sie 51,7 Milliarden Dollar in die Tasche stecken gegen nur 14,6 Milliarden in den vorangegangenen sechs Jahren. Der amerikanische Imperialismus war nach dem zweiten Weltkrieg zur mächtigsten Macht der kapitalistischen Welt geworden. Und sein Hunger war längst nicht gestillt, seine Ziele waren weitgespannt. Der amerikanische Imperialismus strebte nach der Eroberung der ganzen Welt. Um den ungehemmten Zustrom seiner Waren und Kapitalien nach Europa zu sichern, wollte der amerikanische Imperialismus Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet unter seiner Kontrolle zusammenfassen und alle noch bestehenden Schranken, die diesem Ziel entgegenstanden, niederreißen. Der Marshall-Plan war unmittelbar mit dieser Bedingung verknüpft.

So erklärte etwa John Foster Dulles, einer der führenden Männer der amerikanischen Außenpolitik, am 14. November 1947:

„Wenn die amerikanische Hilfe nicht benutzt wird, um die Vereinheitlichung Westeuropas durchzuführen, wird sie praktisch zu nichts führen oder vielleicht sogar noch ein schlimmeres Ergebnis haben."

Und 1948 wird in einem Bericht einer Sonderkommission der Abgeordnetenkammer betont:

„Die meisten amerikanischen Unternehmen versuchen, mit dem absoluten Mindestmaß neuer Dollarinvestierungen zu arbeiten und finanzieren nur solche Aufbauarbeiten, die auf der Basis des örtlichen Geldes durchgeführt werden. Diese Einstellung rührt von der Weigerung der amerikanischen Kapitalisten her, politische Risiken sehr ernster Natur einzugehen, die aus den Geldanlagen im Auslande erwachsen könnten. (...) Sie weigern sich, das politische Risiko einzugehen, ihre Geldanlagen in Gefahr zu bringen auf Grund von Enteignungsmaßnahmen oder einer nationalistischen Bevorzugungspolitik, die die einheimische Industrie ungerechtfertigterweise begünstigt und sich bewußt bemüht, fremde Geldmittel zu verdrängen. Wir sind überzeugt, daß bedeutende amerikanische Geldmittel augenblicklich in den Dienst des europäischen Wiederaufbaus gestellt werden können, falls diese politischen Schwierigkeiten überwunden würden."

Es waren also die amerikanischen Monopole, die das vereinte Europa geschaffen haben. Und sie taten dies nicht etwa aus edlen Absichten oder uneigennützigen Motiven, sondern weil sie einen profitablen Markt für ihre Waren und Kapitalien suchten, weil sie danach trachteten, in die darniederliegende Wirtschaft der europäischen Länder einzudringen, sich dort Schlüsselpositionen und die vorherrschende Stellung zu sichern, um die alten imperialistischen Konkurrenten auszuschalten.




*...um das Europa der Monopole zu bauen. Adenauer und Hallstein bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge (EWG und EURATOM) 1957*

## Die Angst, alles zu verlieren

Es gab aber noch einen anderen Grund, der die amerikanischen Imperialisten dazu führte, sich an die Schaffung eines vereinten Europa zu machen. Das war die Angst, alles zu verlieren, die Angst vor einem sozialistischen Europa. Diese Angst war es auch, die die herrschenden kapitalistischen Klassen in Westeuropa dazu trieb, sich dem amerikanischen Plan für die Unterjochung ihrer Länder, dessen Kernstück die Wirtschaftsunion war, zu unterwerfen. Und tatsächlich hatten sowohl die amerikanischen als auch die europäischen Imperialisten allen Grund, Angst zu haben.

Die sozialistische Sowjetunion Stalins, die die Hauptlast des Krieges gegen den Hitler-Faschismus getragen hatte und die die Hauptkraft bei seiner Zerschmetterung war, war so stark wie nie zuvor. Ihr Ansehen bei den Arbeitern und Werktätigen in allen Ländern der Welt war gewaltig gewachsen. In den Ländern Ost- und Mitteleuropas waren Volksdemokratien entstanden, die den Weg zum Sozialismus beschritten. In den Ländern Westeuropas lag die Wirtschaft infolge des Krieges völlig am Boden und die herrschenden Klassen hatten kaum die Kraft, sie wieder auf die Beine zu stellen. Unter den Volksmassen, die die Last des Krieges getragen hatten, gärte es. Sie strebten nach Freiheit und Demokratie und forderten Maßnahmen, die die Existenz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in Frage stellten. Gleichzeitig erlebte der Befreiungskampf der Völker einen großen Aufschwung, stand China kurz vor seiner Befreiung. Das ganze imperialistische Weltsystem steckte in einer schweren Krise. Der amerikanische Imperialismus wußte genau, was ihm drohte, wenn es nicht gelingen würde, den Kapitalisten Westeuropas wieder auf die Beine zu helfen. So erklärte etwa George Marshall:

„Der Krieg mit seiner Erbschaft von Leiden und Elend hat die Völker Europas schweren Prüfungen unterworfen. In vielen Fällen hat er sie dazu gebracht, die Grundprinzipien, die zur Entwicklung ihrer Gesellschaftsordnung — und auch unserer — geführt haben, in Frage zu stellen.

Heute sind diese Völker nicht nur unsicher wegen ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern sie schwanken auch schon in Bezug auf einige fundamentale Fragen ihrer politischen Philosophie. (...) Auf dem Spiel steht das Vertrauen der Europäer zu sich selbst und zu dieser westlichen Zivilisation, zu der sie gehören und zu der wir gehören. Mächtige Kräfte treiben sie an, diesen Glauben aufzugeben. (...) Es wäre unsererseits Torheit, anzunehmen, daß wir vom Eintritt dieser Ereignisse nicht auch selbst betroffen würden."

Für die amerikanischen Imperialisten und die kapitalistischen Klassen in Westeuropa war die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsunion von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Gleichzeitig sollte dieses Europa mit seinen riesigen Industriekapazitäten und seinen Menschen zur Basis eines militärischen Angriffs gegen die sozialistische Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien werden.

Die amerikanischen Imperialisten gingen ganz offen dazu über, einen neuen Krieg zu planen. Schon am 6. März 1947 hatte der damalige amerikanische Präsident Truman erklärt:

„Die Vereinigten Staaten legen der Freiheit des Unternehmertums mehr Bedeutung bei als dem Frieden."

Die amerikanischen Imperialisten forcierten deshalb nicht nur die Aufrüstung im eigenen Land. Ihnen ging es auch darum, die militärischen Kräfte Westeuropas, einschließlich des geschlagenen Deutschland, zu stärken und unter ihrer Leitung zusammenzufassen. Das Ergebnis war die Gründung der NATO. Wirtschaftlicher Unterbau der NATO sollte das vereinte Europa sein.

## Die Architekten des vereinten Europa

... waren also die amerikanischen Imperialisten. Und sie suchten und fanden unter den führenden Männern der herrschenden Kreise Westeuropas die Männer, die bereit waren, den Völkern Europas die amerikanischen Pläne aufzuzwingen und sie ihnen anzupreisen. Jean Monnet zum Beispiel, der als einer der Väter Europas gilt, hatte sich nach einer bewegten Laufbahn als Händler für Kognak und Pelze in den Dienst des Hauses Morgan, der größten und mächtigsten Gruppe unter den amerikanischen Monopolen, gestellt. Als Vertrauensmann Morgans wurde er zu einem Vorkämpfer für das vereinte Europa und einer der Gründungsväter der europäischen Montanunion.

Konrad Adenauer war mit dem damaligen amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, John McCloy, einem Vertrauensmann Rockefellers, verwandt. Entsprechend war auch seine Politik. Und da, wo verwandschaftliche Beziehungen und alte Geschäftsverbindungen nicht ausreichten, griffen die amerikanischen Imperialisten auch zu anderen Mitteln. Philip Agee, der zwölf Jahre Geheimagent des CIA war, enthüllte in seinem Buch:

„Um die amerikanischen Interessen zu sichern, wurden deshalb sowohl die CDU als auch die SPD und die Gewerkschaften unterstützt. Tatsächlich brauchte der CIA den Einfluß in beiden großen politischen Parteien, um stark und sicher genug zu sein, eine linke Opposition niederzuhalten bzw. auszuschließen."

Einen besonders großen Dienst erwiesen den amerikanischen Imperialisten die Spitzen der sozialdemokratischen Parteien und die Führer der nichtkommunistischen Gewerkschaften. Sie unterstützten voll und ganz die amerikanischen Pläne und machten sich zu Anwälten des vereinten Europa.

## Die Rolle Deutschlands

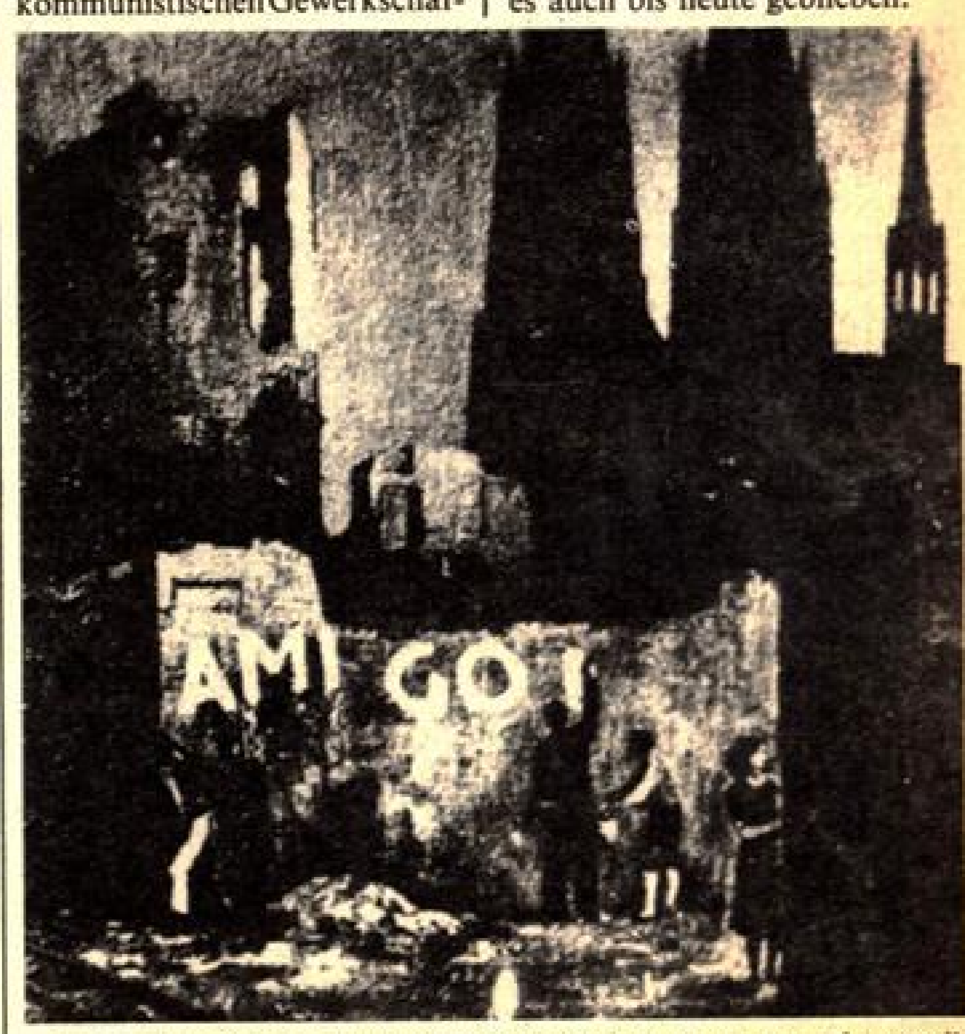
Die deutschen Imperialisten gehörten von Anfang an zu den glühendsten Verteidigern des vereinten Europa und der amerikanischen Pläne. Als Verlierer des Krieges sahen sie darin die große Chance, von neuem auf die Beine und ungestraft davonzukommen. Andererseits war den amerikanischen Imperialisten klar, daß ein Europa ohne die Westzonen Deutschlands nur ein Torso gewesen wäre. Die deutschen Imperialisten mit ihrer Erfahrung bei der Unterdrückung der Volksmassen, mit ihrem Haß gegen den Sozialismus waren für den amerikanischen Imperialismus eine unverzichtbare Stütze. Ganz abgesehen natürlich von den Profiten, die sie aus Deutschland herauszuholen hofften. Aber die Sache war etwas schwierig. Es gab schließlich das Potsdamer Abkommen, das die Bestrafung der Kriegsverbrecher vorsah, in dem die Entflechtung der Monopole gefordert wurde und das davon ausging, daß Deutschland als Einheit, als einheitlicher demokratischer Staat weiterbestehen sollte.

Die amerikanischen Imperialisten brachen dieses Abkommen, sie spalteten Deutschland, ließen die Kriegsverbrecher und Finanziers Hitlers frei und gliederten den westdeutschen Staat in das vereinte Europa ein. Nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft Kohle und Stahl, dem ersten Schritt zur Europäischen Gemeinschaft, konnte man deshalb feststellen:

„Die deutschen Unternehmen und Gruppen konnten sich entsprechend der wachsenden Montanerzeugung gleichfalls wieder ausdehnen und stärken. Dieses ihnen nach dem Kriege auferlegte Handicap fiel fort."

Bezeichnenderweise finden sich diese Sätze, die das Wiedererstarken des deutschen Monopolkapitals beschreiben, in einer Broschüre des DGB, dessen Führer durch die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der kapitalistischen Gesellschaften saßen.

So stand am Anfang der Europäischen Gemeinschaft der reaktionäre Block der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten und nicht, wie es in den Legenden heißt, die Völker oder die hehren Ideale großer Männer. Das vereinte Europa wurde als Europa der Monopole geboren und das ist es auch bis heute geblieben.




*„Ami go home", unter dieser Parole der KPD wurde der Kampf gegen die Europa- und Deutschlandpläne der US-Monopole geführt.*

# Der 1. Mai in aller Welt



*Der 1. Mai in Portugal war geprägt von riesigen Demonstrationen. Unser Bild zeigt Teilnehmer an einer Demonstration.*

## Iran

Erstmals seit 25 Jahren kam es im Iran zu Maidemonstrationen. In Teheran zogen mehrere zehntausend Demonstranten durch die Straßen. Es gab dabei Parolen wie „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" oder „Einheit, Einheit aller Arbeiter!" Die Demonstranten erhoben die Forderung nach Verstaatlichung der Schwerindustrie und der Verankerung der Arbeiterrechte in der neuen Verfassung der islamischen Republik.

## Türkei

In der Türkei stand der 1. Mai im Zeichen des Kriegsrechts. Für Istanbul war eine 29stündige Ausgangssperre verhängt worden; allein hier wurden 1000 Menschen festgenommen. Schon Tage vor dem 1. Mai kam es zu zahlreichen Verhaftungen. In Ankara wurden rund 500 Schüler und Studenten wegen angeblicher Vorbereitung terroristischer Gewalttaten festgenommen. In Istanbul wurden zehn Gewerkschaftsführer, die trotz des Kundgebungsverbots Demonstrationen angekündigt hatten, verhaftet.

In Izmir, das nicht unter Kriegsrecht steht, demonstrierten am 1. Mai mehr als 30 000 Arbeiter und Angestellte.

## Frankreich

Am 1. Mai kam es in Longwy zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Stahlarbeitern aus dem lothringischen Stahlrevier und einer Hundertschaft der französischen Bereitschaftspolizei. Bereits am Morgen des 1. Mai hatten rund 100 Stahlarbeiter die Polizisten in dem Polizeirevier der Stadt eingeschlossen. Erst gegen Mittag konnte sich die Polizeieinheit befreien. Während am Nachmittag mehrere tausend Arbeiter an einer Maidemonstration teilnahmen, entwickelten sich neue Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Demonstranten. Die Polizei schoß mit Tränengasgranaten auf die Stahlarbeiter.

Auch in Paris kam es am Spätnachmittag des 1. Mai zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die große Maidemonstration in Paris war vor allem von Forderungen nach Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit geprägt. In Longwy und anderen von der Stahlindustrie geprägten Städten stand der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze im Vordergrund.

## Japan

In Japan beteiligten sich sieben Millionen Menschen an den Maikundgebungen und Demonstrationen, obwohl der 1. Mai in Japan kein gesetzlicher Feiertag ist.

## Nicaragua

In Leon, der zweitgrößten Stadt Nicaraguas, kam es am 1. Mai zu blutigen Straßenschlachten zwischen Freiheitskämpfern und der Nationalgarde des faschistischen Diktators Somoza. 100 Menschen wurden von der Nationalgarde ermordet.

In der Hauptstadt Managua wurden am Vorabend des 1. Mai mindestens 30 Gewerkschafter von der Nationalgarde festgenommen. Alle Maikundgebungen — bis auf eine Veranstaltung, auf der der Diktator Somoza sprach — waren verboten. Mindestens drei Demonstranten wurden von der Nationalgarde ermordet.

## Chile

In Chile wurde der 1. Mai zu einer Manifestation des Kampfes gegen die faschistische Junta. In Santiago kam es zu der größten Arbeiterdemonstration seit dem Sturz Allendes. Obwohl die Junta ein Versammlungsverbot ausgesprochen hatte, strömten zahlreiche Arbeiter in die Innenstadt. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Polizei ging unter Einsatz von Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Es soll zu 400 Festnahmen gekommen sein; mindestens drei Demonstranten wurden durch Polizeischüsse verletzt.

## Grußschreiben der PLO

Anläßlich des 1. Mai übermittelte die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) dem Zentralkomitee der KPD/ML ein Grußschreiben. In dem Schreiben wird vor allem auf die verstärkte zionistische Aggression infolge des israelisch-ägyptischen Abkommens eingegangen. Es heißt darin: „Die Unterstützung unseres Widerstandes gegen die zionistisch-ägyptisch-amerikanische Allianz sehen wir als eine wichtige Aufgabe an diesem 1. Mai an. Einen wirklichen und gerechten Frieden in Palästina und im gesamten Nahen Osten kann es nicht geben ohne die Verwirklichung der legitimen nationalen Rechte unseres Volkes. Ein solcher Friede in dieser Region liegt dabei nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse der europäischen Völker und der europäischen Arbeiterklasse, damit auch der Arbeiterklasse hier in der BRD."

# Der 1. Mai im sozialistischen Albanien

## Maivorbereitung

Der 1. Mai 1979 in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, dem einzig wahrhaften sozialistischen Land in der Welt, stand ganz im Zeichen des 35. Jahrestages der Befreiung und der Volksrevolution und der 100. Wiederkehr des Geburtstages des großen Marxisten-Leninisten Josef W. Stalin.

Bereits eine Woche vor dem 1. Mai sind überall im Land die Vorbereitungen zu sehen. An Bäumen und Zäunen, an Fabriken, Schornsteinen und Hauswänden werden riesige rote Fahnen angebracht. Auf vielen prankte der schwarze Doppeladler, das Emblem der albanischen Nationalflagge. Die ersten Spruchbänder, quer über die Straße gespannt, tauchen auf. In den Bergen werden durch aufgeschichtete Steine Losungen ausgelegt, die kilometerweit sichtbar sind.

Am Vorabend des 1. Mai sind die Städte und Dörfer in ein Meer von roten Fahnen und Spruchbändern getaucht. In allen Betrieben, in allen Genossenschaften und Staatsfarmen finden Versammlungen statt. Es wird Bilanz gezogen. Wie sieht es mit der Erfüllung des Plans aus, welche Kollegen haben sich durch besondere Leistungen ausgezeichnet, wo sind Mängel aufgetreten? Am 1. Mai wird das ganze albanische Volk aller Welt demonstrieren: Jedes Volk, und sei es noch so klein, kann auf eigenen Beinen stehen, wenn es die Arbeitermacht errichtet hat.




*Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens.*

**Auf Einladung des Zentralrates des albanischen Gewerkschaftsverbandes weilte eine Delegation der RGO während der Maifeierlichkeiten in Albanien. Der Leiter, Kollege Wolfgang Weskamp aus Hamburg, telefonierte uns folgenden Bericht durch:**

Vor dem Gebäude des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens werden Tribünen aufgebaut. Links ist der Platz für die befreundeten Organisationen, darunter die RGO-Delegation, rechts findet sich das Diplomatische Corps ein (Albanien hat zu über 80 Ländern diplomatische Beziehungen), die Mitte der Tribüne ist für die Partei- und Staatsführer reserviert.

Plötzlich erhebt sich rauschender Beifall, der nicht enden will. Enver Hoxha kommt mit den Genossen des Politbüros und des Ministerrats aus dem Regierungsgebäude und betritt die Tribüne. Freundlich winkt er dem begeisterten Volk zu. Der Umzug beginnt. Die Parolen und Spruchbänder stehen deutlich im Zeichen des 35. Jahrestages der Befreiung. Machtvolle Sprechchöre branden durch die Straßen. „Es lebe der Marxismus-Leninismus!" — „Es lebe die Partei" — „Es lebe der Genosse Enver Hoxha!"

Immer wieder weisen Spruchbänder auf die Bedeutung des theoretischen Werkes Enver Hoxhas, „Imperialismus und Revolution", hin, das gründlich unter den albanischen Arbeitern diskutiert wird.

Immer wieder kommen Parolen zum proletarischen Internationalismus auf. Neben der Würdigung des 35. Jahrestages der Befreiung bildet der Kampf gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen einen zweiten wichtigen Schwerpunkt der Maidemonstration.

Plötzlich bleibt eine Gruppe albanischer Werktätiger vor der Tribüne stehen und ruft Parolen gegen den russischen und chinesischen Sozialimperialismus. Wutentbrannt verlassen die Diplomaten des Warschauer Pakts und der Pekinger Regierung unter dem Beifall der Massen die Tribüne!

Nach ungefähr einer Stunde war der Umzug beendet. Eindrucksvoll haben die albanischen Werktätigen auch an diesem 1. Mai demonstriert, daß sie niemandes Sklave sein wollen, und daß sie jeden Versuch, die Unabhängigkeit Albaniens anzutasten, kompromißlos zurückschlagen werden, wie sie es immer getan haben.




**„Die inneren und äußeren Feinde jeden Kalibers und jeder Schattierung, die Imperialisten, Sozialimperialisten und Revisionisten, taten ihr Möglichstes, um uns auf den Weg des Verrats am Marxismus-Leninismus zu zwingen. Sie träumten davon, den sozialistischen 1. Mai zu zerstören. Doch sie waren gezwungen, seine Verteidigung zu erleben, und sie brachen sich ihr Genick an der stählernen und unzerstörbaren Einheit zwischen Partei und Volk."** (Aus einem Leitartikel zum 1. Mai des Zentralorgans der PAA „Zëri i Popullit").

# Mutterschaftsurlaub mißfällt Unternehmern

Zahlreiche Unternehmerverbände, unter anderem auch das Präsidium des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, haben Ende April deutlich zu erkennen gegeben, daß alles, was bisher von offizieller Seite über die unantastbare Mutter-Kind-Beziehung verlautete, nichts als hohle Phrasen und Sonntagsreden sind.

Am 1. Juli tritt ein neues Mutterschaftsgesetz in Kraft, mit dem die Bundesregierung das befürchtete Aussterben des deutschen Volkes verhindern will. Berufstätige Frauen, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen, können dann einen viermonatigen Mutterschaftsurlaub beantragen. Laut Gesetz können sie danach an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren und erhalten maximal 750 Mark.

Die Unternehmerverbände und der Handwerksverband haben nun schwere Bedenken gegen dieses Gesetz angemeldet, obwohl die Regierung mit Rücksicht auf die Kapitalisten den Mutterschaftsurlaub sowieso schon viel zu niedrig angesetzt hat. Jeder vernünftige Mensch sieht ein, daß die Mutter längere Zeit Gelegenheit braucht, sich um ihr Kind zu kümmern, ohne Angst um den Arbeitsplatz haben zu müssen.

Die Kapitalisten rechnen anders. Den Arbeitsplatz freihalten bedeutet für sie eine Schmälerung der Profite.

## Dr. mg Blattschuß

Dr. Siegfried Zaika, Schutzpolizeidirektor, hat's mit dem Geistigen. Ja, er strebt sogar danach, die hohe Schule der Philosophie in den Dienst des grauen Polizeialltags zu stellen. Jüngst legte er eine Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades der philosophischen Fakultät vor. Der Titel lautet schlicht: „Polizeipraxis."

Im Einklang mit den Idealen des klassischen Humanismus stellt er die These auf: „Die Maxime der Polizei ist, Leben zu schützen." Nur ein geschulter philosophischer Geist kann ihm folgen, wenn er daraus die Notwendigkeit ableitet, die Polizei von heute müsse mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet werden.

Doch beim näheren Hinsehen kommt man ihm auf die Spur. Es geht ihm nicht um den Schutz des Lebens, es geht ihm um den Schutz der Reichen. Für ihn ist klar: „Die Schutzpolizei war und ist ein geeignetes Organ, das bei Konflikten — auch bei inneren Unruhen — wichtige Beiträge im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung leisten kann."

Sein einziges Anliegen ist, die Bundeswehr so lange wie möglich aus innenpolitischen Auseinandersetzungen herauszuhalten, Streiks und Demonstrationen mit schwerbewaffneten Polizeieinheiten niederzuschlagen.

Das liegt ganz im Rahmen der üblichen Polizeiphilosophie. Der Todesschuß wird zum Rettungsschuß umgefälscht, die Aufrüstung der Polizei dient dem Schutz des Lebens.

Wir wollen nicht vergessen zu erwähnen, daß Dr. Zaika sein Examen mit „summa cum laude" ablegte.

## Kritik

**Union der festen Hand** (ZDF). Letzte Woche brachte der Mainzer Sender ein Fernsehspiel, das sich mit der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik befaßte. Zugrunde lag der gleichnamige Roman von Erik Reger.

Der Film verfolgte die Geschichte des Risch-Zander-Stahlbetriebs von der Novemberrevolution bis in die späten zwanziger Jahre. Gut gefallen hat uns die Darstellung der Bourgeoisie. Es kam deutlich heraus, daß zum Beispiel das damalige Betriebsverfassungsgesetz nichts als ein Manöver war, den Kampf der Werktätigen in legale Bahnen zu zwängen und damit weitgehend unwirksam zu machen.



Die „Union der festen Hand" war eine Unternehmervereinigung, in der die Unternehmer sich gegenseitig beriefen, wie dem Arbeiter am besten beizukommen sei. Das oberste Gesetz ist der Profit. Das wurde am deutlichsten an der „Ollschen", die dem Grundsatz huldigte: *„Für die Vergangenheit keine Tränen, aber keinen Pfennig."* **Der Film ließ auch keinen Zweifel daran, daß das Kapital von Anfang an mit den Faschisten kollaborierte.**

Die Arbeiterschaft war schwach dargestellt. Sie glich mehr einer dumpfen, manchmal etwas pöbelhaften Masse, die keinerlei Bewußtsein besaß. Der Haß gegen das Kapital erschien zwar gerecht, war aber der Bourgeoisie nie wirklich gefährlich. Ähnlich war es bei der Darstellung der Kommunisten. Kranführer Adam war ein überzogen dargestellter wortradikaler Agitator, der jedoch den berechnenden Argumenten der Kapitalseite hilflos gegenüberstand.

Hier haben wohl kleinbürgerliche Vorurteile gegenüber der Arbeiterklasse, ihrer Vorhut und ihrer geschichtlichen Rolle Pate gestanden. Trotz der Mängel: ein sehenswerter Film, erst recht, wenn man das sonstige Programm gewöhnt war.

# Selbst Goethe bietet nicht die Gewähr...

„Modelle", eine Lesebuch für 13- bis 16jährige Real- und Oberschüler, ist vom Minister für Kultur und Sport in Stuttgart, Professor Roman Herzog, auf den Index gesetzt worden.

Bedenken, daß es sich bei „Modell" etwa um ein terroristisches Machwerk handelt, können zuverlässig entkräftet werden. Das Lesebuch wird seit Jahren in Bayern benutzt, und die CSU ist wohl über jeden Verdacht erhaben, linke Lehrmittel zuzulassen. Arbeitet man das Stuttgarter Gutachten über das abgelehnte Lesebuch durch, so macht man erstaunliche Entdeckungen.

Daß ihnen Autoren und Dichter wie **Brecht** und **Walter Mehring** ein Dorn im Auge sind, kann man ja noch verstehen; daß sie etwas gegen **Hemingway** haben, der im spanischen Bürgerkrieg gegen die Faschisten stand, läßt sich auch noch nachvollziehen; wir wollen großzügig sein und ihnen auch noch Aversionen gegen **Heinrich Heine** zugestehen (er ist zwar schon lange tot, war aber fortschrittlich und dazu noch Jude). Was uns aber ganz aus der Fassung bringt: Sie machen selbst vor dem **Dichterfürsten Goethe** nicht halt.

Den „Erlkönig" haben sie sich aufs Korn genommen. Und warum?

Richtig „volksdeutsch" ist die Begründung für diese der Tradition verpflichtete (Un)Kulturpolitik. Der Gutachter vermißt „eine positive Identifikation mit der Realität", er vermißt, daß auch „Stoffe angeboten werden, die positive menschliche Eigenschaften schildern".

Ein Vorschlag zur Güte: Alle Personen, die in öffentlichen Bibliotheken durch Lesen von Goethes Werk Sympathie zu demselben bekunden, müssen in die Herold-Kartei aufgenommen werden, wegen des Verdachts der böswilligen Verächtlichmachung der freiheitlich-grundordentlichen Realität. Oder sollten wir die Werke des Geheimrats ganz aus dem Verkehr ziehen?

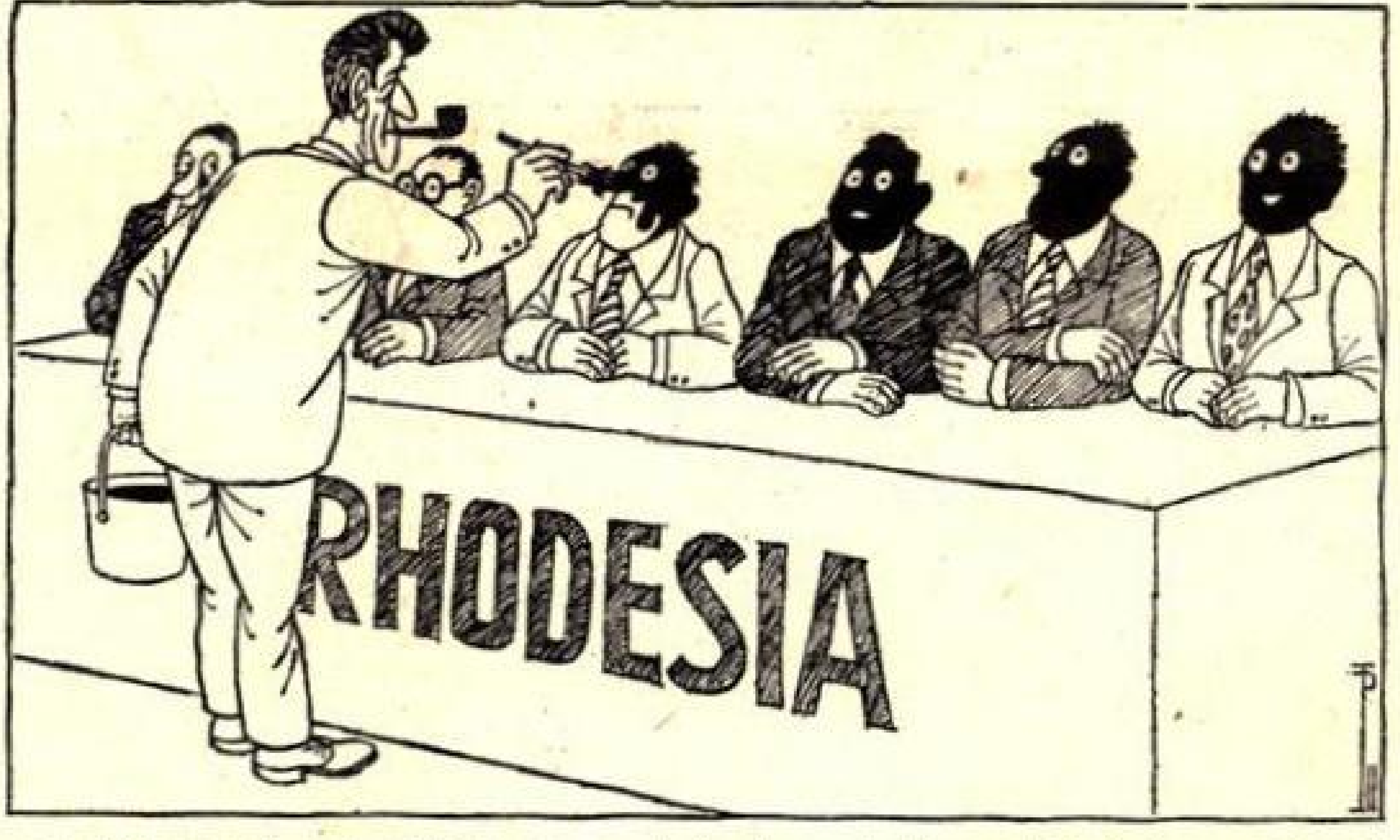
# Polizei-Einsatz gegen Frauengruppe

*Unser Bild zeigt: Polizeiterror 1979 in Münster. Genauer: Polizeiterror gegen Frauen. Eine Frau hatte sich über Sex-Shops empört und war daraufhin festgenommen worden. Andere Frauen umlagern den Polizeiwagen, um die Gründe der Festnahme zu erfahren. Die Frauen wollen diskutieren. Die Polizei nicht. Sie greift zum Schlagstock. Der Polizeiwagen fährt plötzlich vorwärts und rückwärts in die Menschenmenge hinein — auf ausdrücklichen Befehl! Münster erlebt einen der brutalsten Polizeieinsätze der letzten Jahre: Eine Frau liegt mit Gehirnerschütterung und Verdacht auf Schädelbruch im Krankenhaus! Zwei Personen mußten sich mit Platzwunden am Kopf ambulant behandeln lassen. Viele erlitten Verletzungen.*

*Geschehen auf einer DGB-Demonstration zum 1. Mai! Ein entlarvender Einsatz der Polizei, nachdem die Gewerkschaft der Polizei zum Mitglied des DGB gekürt wurde!*



# „Schwarzgetünchtes Parlament"




*„Freie Wahlen" in Rhodesien. Mit Bajonetten wurde die schwarze Bevölkerung in Rhodesien zum Teil an die Wahlurnen getrieben, um eine Wahlfarce über die Bühne gehen zu lassen. Die rassistische Regierung um Ian Smith wollte damit den Eindruck erwecken, daß die schwarze Mehrheit damit an der Macht in Rhodesien beteiligt würde. Aber die Bedingungen, unter denen die Wahlfarce ablief, sorgen dafür, daß weiterhin die alten Herren an der Macht bleiben. Auch das „schwarzgetünchte" Parlament bleibt ein Machtinstrument der weißen Minderheitsclique. Die wahren Patrioten in Rhodesien haben die Wahl boykottiert.*



## Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel. 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

**SEKTION WESTBERLIN**, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.